

Die frühe Arbeiterbewegung im rheinischen Braunkohlenrevier

Manfred Faust

Während die Geschichte der Bergarbeiterbewegung im deutschen Steinkohlenbergbau, zumal des Ruhrbergbaus, zu den am besten erforschten Kapiteln der Sozialgeschichte zählt, ist der Braunkohlenbergbau bislang ganz eindeutig vernachlässigt worden. So gut wie völlig unberücksichtigt geblieben ist dieser Bergbauzweig im Rheinland. In der 1986 erschienenen Firmengeschichte des wichtigsten Unternehmens werden die „sozialen Fragen“ auf nur ganz wenigen Seiten gestreift¹, und kennzeichnend für das mangelnde Interesse am Braunkohlenbergbau ganz allgemein ist, daß er selbst in Publikationen, die im Zusammenhang mit Eckdaten der Geschichte der organisierten Bergarbeiterbewegung entstanden sind, nicht erwähnt wird².

Das geringe Forschungsinteresse läßt sich zum großen Teil sicherlich mit dem besonderen Erscheinungsbild der Arbeit und der Arbeiter in den Braunkohlentagebauten erklären. Von der Gesellschaft wie von den Beschäftigten selbst wurde diese Arbeit häufig nicht unbedingt als eine „richtige“ bergmännische Tätigkeit empfunden. Die Braunkohlenarbeiter verfügten über keine längeren bergmännischen Traditionen, und ihr Verhalten war dementsprechend weniger aufsehenerregend. Sie waren, wie der folgende Beitrag im einzelnen zeigt,

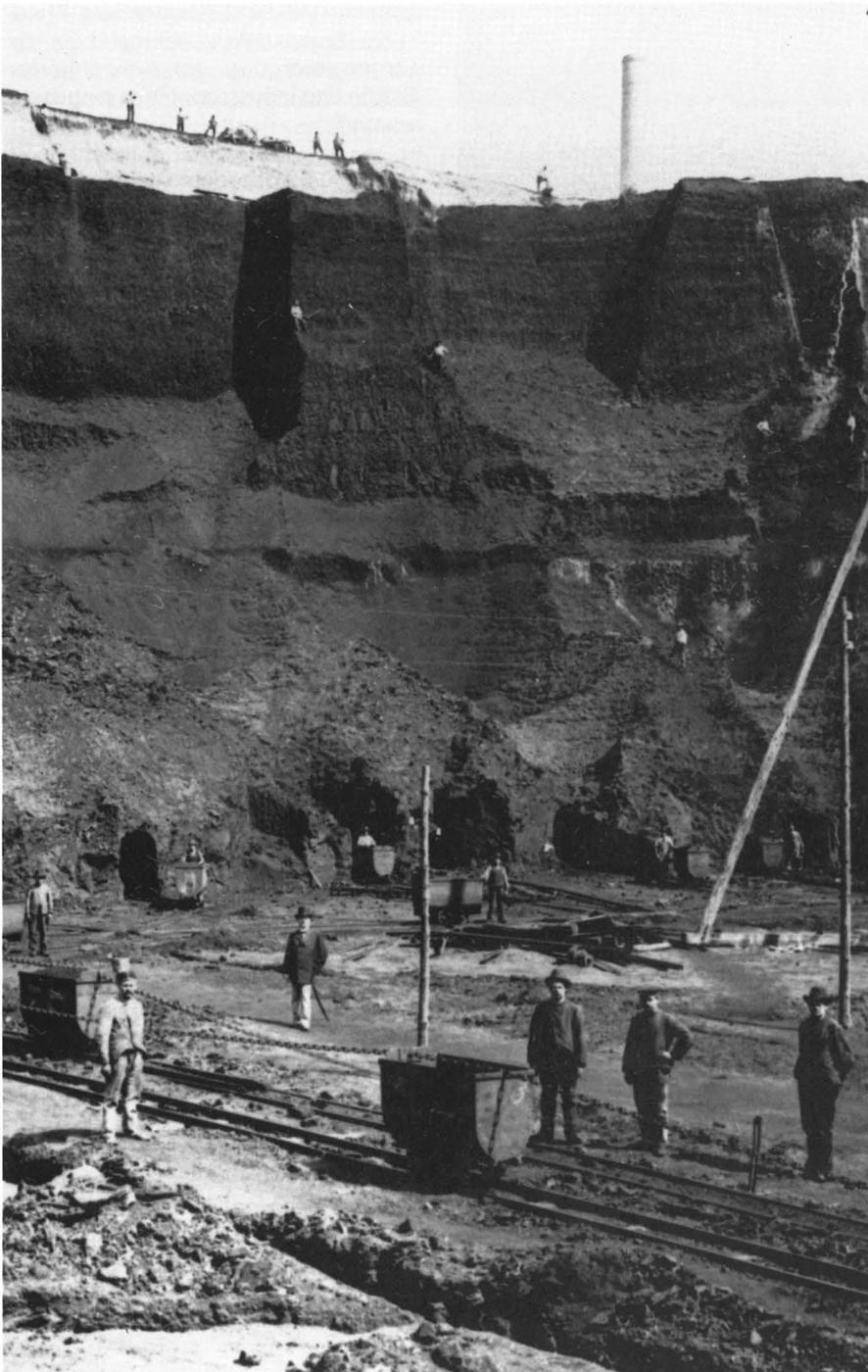
lange Zeit hindurch für eine gewerkschaftliche Organisation kaum zugänglich, und es gab im rheinischen Revier vor dem Ersten Weltkrieg keine größeren Streiks, die etwa die ganze Nation erschütterten oder gar die Neugier der Historiker geweckt hätten, wie dies bei den Massenstreiks an der Ruhr 1889, 1905 und 1912 der Fall war. Erst vor drei Jahren haben Archivare und Historiker in der Region einen Arbeitskreis „Geschichte des Braunkohlenabbaus im Rheinland“ ins Leben gerufen, der die lange ausstehende intensivere Bearbeitung dieses Forschungsfeldes in Gang setzen möchte. Ein Resultat dieser Bemühungen wird nunmehr vorgelegt³

Zur Forschungslage

Trotz der bisherigen Vernachlässigung sozialer Aspekte bei der Erforschung der Geschichte des Braunkohlenbergbaus im Rheinland gibt es in der älteren Literatur zumindest gewisse Vorarbeiten, auf die bei der überfälligen Auseinandersetzung mit dem Thema zurückgegriffen werden kann. Schon 1910 hat ein sozial engagierter, der christlichen Arbeiterbewegung nahestehender Kaplan in Bonn seine Dissertation über „Die Lage der Arbeiterschaft in der Rheinischen

Braunkohlenindustrie“ vorgelegt⁴. Sie zeigt zwar Schwächen bei der Erhebung und Auswertung des statistischen Datenmaterials, aber sie bietet den Vorteil, erstmals eine aus den Beobachtungen eines einfühlsamen Zeitgenossen gespeiste, detaillierte und realitätsnahe Beschreibung der Arbeits- und Lebensverhältnisse der Braunkohlenarbeiter vor dem Ersten Weltkrieg zu liefern. Im selben Jahr entstand in Tübingen eine volkswirtschaftliche Dissertation über den „Braunkohlenbergbau in der Kölner Bucht“, in der die sozialen Verhältnisse allerdings nur sehr knapp und merklich aus Unternehmenssicht behandelt werden⁵.

Aus der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen liegen wiederum wirtschaftswissenschaftliche Dissertationen vor, die sich explizit mit den „Arbeiterverhältnissen“ im rheinischen Revier befassen. Eine Marburger Arbeit von 1922 analysiert vor allem die durch die Mechanisierung in den Jahren vor und nach dem Ersten Weltkrieg eingetretenen Veränderungen⁶, und eine Würzburger Dissertation hat sechs Jahre später die Verhältnisse in der Weimarer Republik untersucht, wobei erstmals auch ausführlicher die Brühler Knappschaft berücksichtigt wird⁷. Beide Arbeiten gehen auch knapp auf die Entwicklung der Arbeiterorganisationen ein. Eine



Grube Josephberg in Brühl, 1898 – Zentralarchiv Rheinbraun

1939 erschienene Buchpublikation bietet schließlich eine interessante Untersuchung über „Struktur, soziale und wirtschaftliche Verhältnisse der Arbeitergefolgschaft“ in der Epoche des Nationalsozialismus⁹. Von sozialgeschichtlichem Interesse ist ferner eine schon 1921 verfaßte, aber unveröffentlicht gebliebene Untersuchung über „Siedlungs- und Wohnungsprobleme im linksrheinischen Braunkohlenrevier“⁹.

Nach dem Zweiten Weltkrieg haben diese Forschungen keine Fortsetzung

gefunden. Fritz Wündisch hat sich bei seinen zahlreichen Veröffentlichungen auf den vorindustriellen Braunkohlenabbau konzentriert¹⁰, und daneben ist eine Reihe lokalgeschichtlicher Veröffentlichungen zur Entwicklung des Braunkohlenabbaus erschienen, die durchweg industrie- und unternehmensgeschichtlich orientiert sind¹¹. Sieht man von Kurzdarstellungen aus lokaler Sicht ab, die als ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Thema zu vernachlässigen sind¹², so sind nur wenige, im Rahmen von Jubiläumsdaten örtlicher

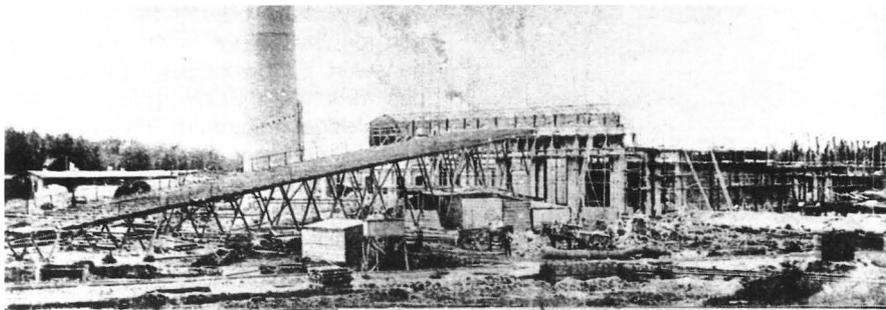
Gewerkschafts- oder Parteiorganisationen publizierte Festschriften erwähnenswert¹³. Obwohl der Schwerpunkt des 1988 vom Bezirk Rheinland der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie herausgegebenen Bandes über den Wiederaufbau der Gewerkschaft nach dem Zweiten Weltkrieg zwar auf dem Aachener Steinkohlerevier liegt, kommt dort immerhin auch der Braunkohlenbergbau in einigen Erinnerungsberichten und in der einleitenden Darstellung zu Wort¹⁴.

In den letzten Jahren sind an der Universität Köln zwei Examensarbeiten verfaßt worden, die das Thema Arbeiter und Arbeiterbewegung im rheinischen Braunkohlenrevier berühren. Die eine befaßt sich mit dem im südlichen Vorgebirge bei Brühl und Liblar verursachten Strukturwandel, woraus ein Kapitel über die Arbeiterschaft vor 1933 veröffentlicht worden ist¹⁵, und die zweite hat die Arbeiterschaft im Landkreis Bergheim 1890 bis 1920 untersucht, wobei die Bergarbeiter zwar nicht im Mittelpunkt stehen, aber doch berücksichtigt werden¹⁶.

Zur Entwicklung des rheinischen Braunkohlenbergbaus

Die im Süden des rheinischen Reviers zwischen Brühl, Walberberg und Liblar nur von einem wenige Meter starken Deckgebirge überlagerte, an manchen Stellen sogar offen zutage tretende Braunkohle wurde in geringem Umfang zumindest schon in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts abgebaut¹⁷. Wegen ihres hohen Wassergehaltes war der Brennwert der daraus geformten „Klütten“ jedoch gering, so daß der Abbau nicht viel mehr als ein zumeist saisonal betriebener Gelegenheitserwerb der ärmeren Landbevölkerung sein konnte.

Voraussetzung für einen rentablen Abbau war daher die 1856 für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau von Carl Exter entwickelte Brikettpresse¹⁸. Nach Eröffnung der Eisenbahnstrecke von Köln nach Euskirchen im Jahre 1875 entstanden im Linksrheinischen die ersten Brikettfabriken, darunter bei der Roddergrube, wo am 1. März 1877 die ersten Briketts des rheinischen Reviers gepreßt wurden. Ihr Absatz blieb jedoch wegen der schlechten Erfahrungen, die die Verbraucher mit den früheren Produkten gesammelt hatten, sowie wegen der Konkurrenz der mit den neu-



Ansichtskarte von den Neubauten der Grube Vereinigte Ville bei Knapsack, um 1910 – Stadtarchiv Hürth

en Eisenbahnen leicht zu transportierenden Ruhrkohle hinter den Erwartungen zurück. In den ersten Jahren ging daher der größte Teil der Produktion in die rohstoffarmen Nachbarländer Holland und Schweiz¹⁹.

Erst der große Bergarbeiterstreik an der Ruhr von 1889 führte zu einer Veränderung dieser Situation. Da durch den Streik Steinkohle knapp und teuer geworden war, griffen jetzt auch die Verbraucher im Rheinland und in Westfalen auf das neue Braunkohlenbrikett zurück und konnten sich dabei von der

verbesserten Qualität des preisgünstigen Brennstoffs überzeugen. Bis 1889 hatten im rheinischen Revier nur auf vier Gruben Brikettfabriken mit insgesamt 19 Pressen bestanden²⁰. Das folgende Jahrzehnt war von einer „Goldgräberatmosphäre“ gekennzeichnet. In einer hektischen Betriebsamkeit wurden im gesamten Gebiet zwischen Brühl und Bergheim neue Gruben aufgeschlossen und Brikettfabriken in Betrieb genommen²¹. Begünstigt wurde diese Entwicklung dadurch, daß mit der Inbetriebnahme von drei Kraftwerken 1889 (Berggeist Brühl), 1910 (Fortuna Ober-

außen) und 1913 (Goldenberg Knapsack) Braunkohle zunehmend für die Stromversorgung der benachbarten Städte und Industriebetriebe eingesetzt wurde²².

Der 1900/02 gebildete Braunkohle-Briket-Verkaufsverein, der als strenges Kartell die gesamte Produktion und den Absatz regulierte²³, stabilisierte die Verhältnisse. Die Produktions- und Beschäftigtenzahlen belegen eine stürmische Aufwärtsentwicklung, die von den beiden Konjunkturkrisen 1902/03 und 1908/10 nur kurzfristig und geringfügig unterbrochen wurde. Aufgrund der günstigen Abbauverhältnisse lag die Förderleistung im rheinischen Revier deutlich höher als in den anderen deutschen Kohlegebieten²⁴. Während sich die Steinkohleproduktion im Ruhrgebiet und im deutschen Reich insgesamt zwischen 1890 und 1913 etwa verdreifachte und sich die gesamte Braunkohlenproduktion ungefähr vervierfachte, stieg die Produktion im rheinischen Revier um das Dreißigfache an²⁵.

Der durch die Produktionsausweitung steigende Arbeitskräftebedarf konnte bis 1897 noch gänzlich und danach bis zum Ersten Weltkrieg überwiegend aus der Region selbst gedeckt werden. Einen spürbaren Mangel gab es nur in den Jahren der Hochkonjunktur zwischen 1897 und 1899 bzw. 1905 und 1907, als beispielsweise der Revierbeamte von Brühl-Unkel 1906 berichtete, Versuche zur Anwerbung inländischer Arbeiter seien erfolglos geblieben²⁶. In den jeweils

Manueller Braunkohlenabbau in der Grube Hürtherberg, um 1910 – Stadtarchiv Hürth

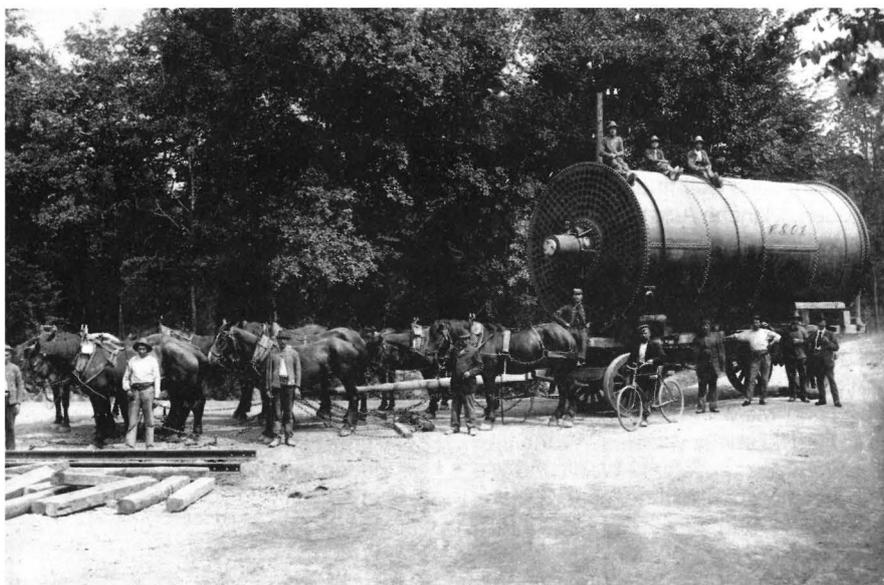


kurz darauf folgenden Krisenjahren war dagegen ein deutlicher Arbeiterüberschuß zu verzeichnen²⁷. Der Bau der Köln-Bonner, der Euskirchener und der Bergheimer Kreisbahnen um die Jahrhundertwende ermöglichte dann die Rekrutierung neuer Arbeiter aus den ländlichen Gebieten des Vorgebirges, der Voreifel und des Kreises Bergheim²⁸. Eine Zuwanderung aus weiter entfernt liegenden Gebieten des Deutschen Reiches erfolgte nur in geringem Maße, vor allem aus dem Bayerischen Wald²⁹. Es gab praktisch keine Zuwanderung aus den preußischen Ostgebieten und aus Polen. Obwohl sich nach der Rezession ab 1910 ein Arbeitskräftemangel durch die verstärkt eingesetzte Mechanisierung auch bei der Kohlegewinnung vermeiden ließ, wurde in wirtschaftlich günstigen Zeiten der Arbeitskräftebedarf durch ausländische Arbeiter gedeckt. Die stärksten Gruppen bildeten Italiener, Kroaten und Holländer, in den Jahren 1908/09 auch einige Montenegriener³⁰, die fast ausschließlich bei der Abtragung des Deckgebirges eingesetzt wurden. Erst die Einführung der Achtstunden-Schicht 1919 veränderte diese Situation und bedingte erstmals eine massenhafte Zuwanderung in das rheinische Braunkohlenrevier³¹.

Die Mehrzahl der ausländischen Arbeiter war der deutschen Sprache nicht mächtig, viele waren Analphabeten. Die Ausländer wurden im rheinischen Revier nicht selbsthaft, sie wohnten in den „Kantinen“ genannten Baracken in unmittelbarer Nähe der Gruben, wo sie auch gepflegt wurden. In Krisenzeiten wurden sie als erste wieder entlassen und kehrten dann meist in ihre Heimatländer zurück. In den zeitgenössischen Berichten finden sich zahlreiche Klagen über das Verhalten der in den Massenvierteln auf engem Raum zusammenlebenden ausländischen Arbeiter³². Auch die aufkommenden Arbeiterorganisationen betrachteten die Ausländer mit Skepsis. Aufgrund ihrer unsicheren Lebenssituation und allein schon wegen ihrer mangelnden Sprachkenntnisse waren sie für ein gewerkschaftliches Engagement unzugänglich und galten insgesamt eher als Lohndrücker und Konkurrenten³³.

Arbeitsbedingungen

Bis kurz vor dem Ersten Weltkrieg erfolgten das Abtragen des Deckgebirges und die Gewinnung der Kohle in Handarbeit, wobei die nach Stundenlohn bezahlte Abraumarbeit mit Hacken, Schaufeln und Schubkarren geschah.



Transport eines Röhrentrockners zum Neubau der Brikettfabrik Vereinigte Vile bei Knapsack, 1901 – Stadtarchiv Hürth

Nach dem ersten versuchsweisen Einsatz eines Dampfbaggers im Abraumarbeit im Jahre 1891 auf der Grube Brühl konnte sich die Mechanisierung erst zwischen 1905 und 1910 durchsetzen³⁴.

Der erste gebrauchsfähige Bagger für die Gewinnung kam 1907 im Gruhlwerk zum Einsatz und konnte sich allmählich durchsetzen. Bis dahin war Kohleabbau im sogenannten Schurren- oder Rolllochbetrieb erfolgt, bei dem die Kohlehauer an den steilen, mehrere 10 m hohen Kohlestößen standen, wohin sie mittels langer Leitern gelangten. Dort mußten sie die Kohle mit einer schweren Hacke so losmachen, daß sie unten auf der Sohle möglichst sofort in die bereitgestellten Förderwagen rutschte. Wenn es erforderlich war, beluden Schlepper die 600-800 Liter fassenden Wagen und transportierten sie dann bis zu einer dampfbetriebenen Kettenbahn, die sie unmittelbar in die Brikettfabrik zogen³⁵. Die Arbeit der Kohlehauer und Schlepper wurde im Akkordlohn bezahlt, wobei in der Regel ein oder zwei Hauer und ein oder zwei Schlepper eine Gedingekameradschaft bildeten. Diese konnten in den offenen Tagebauen relativ leicht von den Steigern kontrolliert werden, sie waren meist auch kleiner als die Kameradschaften im Steinkohlenbergbau, so daß sie im allgemeinen deren oft zitierten autonomen Status nicht erreichten³⁶. Eine Gedinge-Kameradschaft, die aus 2-3 Mann bestand, mußte in einer Schicht 300-600 gefüllte Förderwagen abliefern, was mindestens einen Wagen mit fast 15 Zentnern Kohle alle zwei Minuten bedeutete³⁷. Nur kräftige und gesunde Arbeiter konnten dies über längere Zeit überhaupt durchhalten. Wegen der Schwere der

Arbeit und des Akkordlohns weigerten sich viele Abraumarbeiter, „im Schwarzen“ zu arbeiten, obwohl sie dort mehr hätten verdienen können³⁸.

Die Arbeitszeit betrug bis zum Ersten Weltkrieg durchweg 12 Stunden bei einer einstündigen Pause in der Mitte und je einer halbstündigen Pause in der ersten und zweiten Hälfte der Schicht. Nachdem seit Mitte der 1890er Jahre einige Gruben mit der Einführung einer Nachtschicht begonnen hatten, wurde diese 1901 mit der Einführung einer Normalarbeitsordnung für das gesamte Abbaugbiet zur Regel³⁹. Das rheinische Braunkohlenrevier hatte mit der generell zwölfstündigen Schicht die längste Arbeitszeit aller deutschen Bergreviere⁴⁰. Da die Arbeiter oft Fußwege von 1-2 Stunden bis zur Grube zurückzulegen hatten, waren sie täglich 14 oder gar mehr Stunden unterwegs. Darüber hinaus waren sie erforderlichenfalls zur Ableistung von täglich 4-5 Überstunden ohne Zulagen verpflichtet. Zu den regelmäßigen Sonderschichten an Sonntagen meldeten sich die Arbeiter wegen der gezahlten Zulagen von 30-100 % allerdings freiwillig⁴¹.

Insbesondere die überlange Arbeitszeit wurde nach der Jahrhundertwende von den aufkommenden Arbeiterorganisationen heftig kritisiert, eine Verkürzung konnte aber erst nach Ende des Ersten Weltkrieges durchgesetzt werden⁴². Hierzu sei ein Bericht aus Sicht des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter von 1907 zitiert: „Die 12stündige Schicht ist eine übermäßig lange Arbeitszeit, in welcher der Braunkohlengraber noch schwerere Arbeit leisten muß, wie der Steinkohlengraber in seiner 8stündigen

Schicht. Deshalb ist hier auch die hohe Krankheits- und Unfallziffer unter den Arbeitern, eine geringere geistige Regsamkeit als bei den Ruhrbergleuten, weil die Arbeiter nach vollbrachter Schicht zu müde sind und durch die lange Arbeitszeit auch keine Zeit finden, sich geistig zu bilden. Manche Arbeiter müssen zwei Wegestunden machen, ehe sie zu ihrer Arbeit gelangen, müssen des morgens also schon mindestens 3 1/2 Uhr aufstehen und kommen des abends erst nach 8 Uhr wieder zu Hause an, körperlich müde und geistig abgespannt. Wann und wie wollen diese Arbeiter sich ihrer Familie etwas widmen? Wann und wie ihre Kinder erziehen? Wann und wie sich geistig schulen und bilden? Alles dieses ist den Braunkohlengravern unmöglich.⁴³

Sie besaßen zwar den Vorteil, nicht unter Tage arbeiten zu müssen, dafür waren sie in der offenen Grube schutzlos der Witterung ausgesetzt, bei Regen mußten beispielsweise die Schlepper auf der Grubensohle oft bis zu den Waden im Kohlen- oder Erdschlamm stehen⁴⁴. Einigermaßen akzeptable Aufenthaltsräume und hygienische Einrichtungen ließen lange auf sich warten. Bis zur Jahrhundertwende besaßen die meisten Gruben nicht einmal einen Wasseranschluß, noch 1910 gab es nicht überall Duschköglichkeiten, und die bestehenden wurden oft von den Arbeitern gemieden, da die Werksleitungen nur schwer zu bewegen waren, „für die erforderliche Sauberkeit und Betriebsfähigkeit der Badeeinrichtungen Sorge zu tragen.“⁴⁵ Dies bedeutete, daß die Arbeiter nach der überlangen Schicht zumeist den langen Heimweg verdreckt und oft durchnäßt antreten mußten. Arbeitsunterbrechungen wegen extrem schlechter Witterung oder wegen schlechter Geschäftslage gingen allein zu Lasten der Arbeiter, da dann kein Lohn gezahlt wurde.

Auch wenn die Zahl der Unfälle im Tagebau geringer war als im Grubenbetrieb, so zählten zum Teil auch schwere Unfälle zum täglichen Geschehen. In den Gruben wurden die Arbeiter immer wieder von herabstürzenden Kohle- und Erdmassen verschüttet, in den Brikettfabriken kam es häufig zu Staubexplosionen und schweren Verletzungen an den Maschinen. Die Zahl der tödlichen Unfälle schwankte in den Jahren 1899-1913 zwischen 5 und 19 pro Jahr. Insgesamt sind in dieser Zeit ein kontinuierlicher Anstieg nicht nur der absoluten Unfallzahlen, sondern auch der Unfallhäufigkeit pro Beschäftigten und damit eine allmähliche Angleichung an die Unfallhäufigkeit im übrigen Bergbau festzustellen. Während sich 1900 im

rheinischen Revier auf 100 Beschäftigte 5,6 Unfälle ereigneten und im deutschen Bergbau 10,34 %, waren es 1912 9,4 %, während sich im gesamten Bergbau die Quote auf 14,02 % belief⁴⁶.

Trotz der längeren Arbeitszeit lagen die durchschnittlichen Schichtlöhne deutlich unter denen des Steinkohlenbergbaus an Ruhr oder Saar. Allerdings erschienen die häufigen Klagen der Arbeiterorganisationen über die besonders „elenden“ Löhne nur dann berechtigt gewesen zu sein, wenn man die Arbeiterlöhne im Kaiserreich insgesamt so bezeichnet. Denn sie entsprachen in etwa denen im oberschlesischen Revier und lagen nach Überwindung der Rezession 1901/02 sogar etwas über denen im älteren mitteldeutschen Braunkohlenbergbau, was mit der höheren Produktivität im Rheinland zu erklären ist.

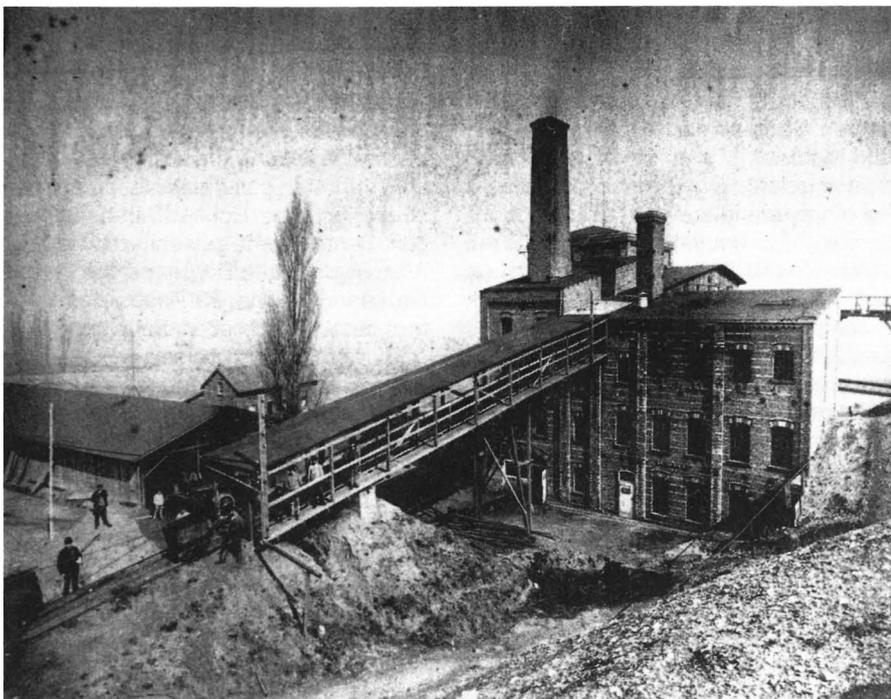
Die dortigen Arbeiter verfügten über keine bergmännischen Traditionen wie in anderen Revieren. Sie waren ausschließlich an den besseren industriellen Verdienstmöglichkeiten interessiert, arbeiteten zunächst oft nur saisonal und verließen ihre Arbeitsstätte wieder, wenn ihre häusliche Landwirtschaft es erforderte, und versuchten dann später, bei einer anderen oder auch derselben Grube wieder anzulegen. Die Belegschaftsfluktuation war hoch, in manchen Gruben betrug sie bis zu 100 % jährlich⁴⁷. Sie konnten sich, wie es 1904 im Bericht eines Bergrevierbeamten heißt, „nur schwer an Zucht und Ordnung eines geregelten Betriebes gewöhnen“, weshalb sie „leicht geneigt sind, ihre Arbeit, zumeist ohne Innehaltung der Kündigungsfrist, bald wieder aufzugeben“⁴⁸. Nur unter sehr erschwerten Bedingungen konnten die Werksverwaltungen einen geregelten Betrieb im Herbst aufrechterhalten, zur Zeit der „Kirmesfeiern, die neben anderen Festlichkeiten von Ende August bis in den Oktober hinein, also zu den Zeiten starken Betriebs der Braunkohlenwerke, stattfinden und regelmäßig einen großen Ausfall in der Belegschaft zur Folge haben“⁴⁹. Unternehmer und Bergbehörden forderten deshalb, die Kirmessen benachbarter Ortschaften wenigstens an einem Wochenende im Herbst zusammenzulegen. Um dem Alkoholgenuß in den Gruben und Fabriken entgegenzuwirken, gingen die Gruben dazu über, den Arbeitern vor allem im Sommer kostenlose Getränke wie Tee oder Kaffee zur Verfügung zu stellen⁵⁰.

In den Jahren der Hochkonjunktur nach 1902 häuften sich auch die Klagen der Unternehmer über ein „unbotmäßiges Verhalten“ der Arbeiter: Beleidigungen,

Drohungen, ja sogar Tötlichkeiten gegenüber Aufsichtspersonen nahmen derart zu, daß die Gruben sich nicht nur zur Erstattung von Strafanzeigen, sondern auch zu einer Verschärfung des betrieblichen Strafwesens veranlaßt sahen⁵¹. Die Bestrafungen in Form von Lohnabzügen wurden von den Betroffenen oft mit der sofortigen Abkehr beantwortet. Sie erreichten 1908 ihren Höhepunkt, als im Gesamtrevier ca. 40 %, im Revier Köln-Ost fast 60 % der Belegschaftsmitglieder hiervon betroffen waren. 1908 vereinbarten die Werksleitungen erstmals, keine Arbeiter mehr anzustellen, die vorher auf einer anderen Grube ohne Kündigung abgekehrt waren⁵². Zusammen mit dem allmählichen Ausbau eines Prämiensystems für längere Betriebszugehörigkeit und der erneut einsetzenden Wirtschaftskrise führte das zu einem Rückgang der Bestrafungen wie der Arbeitsstellenwechsel, – eine Tendenz, die sich auch nach Wiederbelebung der Konjunktur seit 1910 bis zum Ersten Weltkrieg fortsetzte.

Die große Mehrzahl der Arbeiter lebte weiterhin im gewohnten ländlichen Milieu. Der Übergang von einer landwirtschaftlichen Tätigkeit mit bergmännischem Nebenerwerb zu einer vorwiegend bergmännischen Tätigkeit mit landwirtschaftlichem Nebenerwerb vollzog sich nur langsam und konnte sich wirkungsvoll erst in den allerletzten Jahren vor dem Ersten Weltkrieg durchsetzen. Bezeichnend für die Verhältnisse mag die Tatsache sein, daß 1907 43,6 % der Bergarbeiter ein eigenes Haus besaßen, 16,5 % in Zechenwohnungen und 39,9 % in anderen Mietverhältnissen lebten. 63,8 % besaßen eigenes Garten- oder Ackerland von mindestens 10 Ar, 37,1 % der Bergarbeiterfamilien verfügten über eigenen Viehbestand⁵³.

Die ersten Werkswohnungen für Bergarbeiterfamilien waren 1889 auf der Grube Brühl fertiggestellt worden⁵⁴. Der Anteil der in solchen Wohnungen Lebenden stieg von ca. 3,5 % im Jahre 1898 auf fast 15 % anderthalb Jahrzehnte später, wobei ein deutliches Gefälle zwischen den Gebieten am Osthang der Ville im Landkreis Köln und den noch wesentlich ländlicher strukturierten Gebieten westlich des Villerückens in den Kreisen Bergheim und Euskirchen zu verzeichnen ist⁵⁵. Die Aufnahme von Kostgängern bei den Bergarbeiterfamilien war sehr unbeliebt und daher offenbar weniger verbreitet als etwa im Ruhrgebiet⁵⁶. Eine drängende Wohnungsnot gab es im rheinischen Revier vor dem Ersten Weltkrieg nicht, in Zeiten eines schlechten Braunkohlen-



Brikettfabrik Grube Theresia bei Hermülheim, ca. 1900 – Stadtarchiv Hürth

absatzes stand sogar eine größere Zahl der Grubenwohnungen leer, auch die Schlafplätze in den „Kantinen“ waren dann nicht voll belegt⁵⁷.

Seit der Jahrhundertwende bemühten sich die Unternehmen darum, unter ihren Arbeitern ein bergmännisches Ständebewußtsein zu schaffen. Vor allem zu Weihnachten wurden „Bergmannsabende“ mit Theateraufführungen und Bescherungen für die Kinder der Bergleute veranstaltet. Auf der Grube Fürstenberg fand 1909 erstmals eine Barbarafeier nach vorangegangenem Gottesdienst statt – ein Versuch, der seitens der staatlichen Bergaufsicht „zur Wiederholung ermutigte“⁵⁸. Im selben Jahr führten die ersten Gruben die kostenlose Abgabe von Deputatkohle ein.

Insgesamt erweist sich die Konjunkturkrise von 1908 bis 1910 als eine wichtige Zäsur in der Entwicklung der Arbeiterverhältnisse im rheinischen Revier. In ihrem Gefolge setzten sich sowohl eine stärkere Mechanisierung als auch ein disziplinierteres, den neuen industriellen Verhältnissen angepaßteres Verhalten sowie Ansätze eines Bergarbeiterbewußtseins durch. Dies bedeutete eine Angleichung an die Verhältnisse in anderen Revieren und war offensichtlich auch eine Voraussetzung dafür, daß sich gewerkschaftliche und politische Organisationen überhaupt erst dauerhaft etablieren konnten.

Das Entstehen der ersten sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen 1902-1906

Die ersten Ortsgruppen der Sozialdemokratischen Partei und des freien Bergarbeiter-Verbandes entstanden 1902/03 in der südwestlich von Köln am Ostabhang des Vorgebirges gelegenen Gemeinde Gleuel, weshalb die dortigen Ereignisse zunächst exemplarisch und ausführlicher dargestellt werden sollen. Gleuel gehörte zur Bürgermeisterei Hürth, wo 1885/86 mit den Ribbertwerken die erste Braunkohlengrube und Brikettfabrik nördlich des Brühl-Liblarer Bereiches in Betrieb gegangen war. 1891 war die Grube Theresia abgeschlossen worden, 1897 die Grube Engelbert. Mit der Grube Vereinigte Ville in Knapsack war 1901 das größte zusammenhängende Kohlefeld des Reviers erschlossen worden. Es wurde 1903 von der Brühler Roddergrube übernommen, die bis Kriegsausbruch auf dem Villerücken in schneller Folge fünf Brikettfabriken errichtete. 1908 nahm die Gewerkschaft Hürtherberg die Brikettfabrikation auf, im Vorjahr wurde in Knapsack eine Stickstoffabrik mit hohem Energiebedarf errichtet, 1913 entstand dort das modernste Braunkohlenkraftwerk Deutschlands. Unmittelbar nördlich von Gleuel befand sich ferner seit der Jahrhundertwende auf Ba-

chem-Frechener Gebiet die Grube Schallmayer. Die Zahl der erwachsenen Arbeiter in den Hürther Industriebetrieben belief sich 1899 auf 940, 1904 auf 1035 und 1910 auf 1920⁵⁹.

Sozialdemokratie

Die ersten Nachrichten über sozialdemokratische Aktivitäten in der Bürgermeisterei Hürth stammen aus den Jahren 1877/78. In zwei Berichten an den Kölner Landrat berichtete Bürgermeister Rosell, daß im Sommer 1877 erstmals aus Köln und Sülz „eine zeitlang allsonntäglich einige 20 Personen mit Frauzimmern und Kindern“ in den Ortschaften Kendenich und Fischenich erschienen seien, um dort in den Wirtschaften sozialdemokratische „Blätter“ auszulegen und für ihre Partei Propaganda zu machen⁶⁰. Offenbar nutzten die Mitglieder des Anfang Juni in Köln gegründeten Sozialdemokratischen Arbeitervereins⁶¹ ihre Sonntagsausflüge ins Vorgebirge gleichzeitig zur Werbung für ihr politisches Gedankengut, jedoch ohne größeren Erfolg. Auch im folgenden Sommer war die Zahl der sozialdemokratischen Anhänger in der Bürgermeisterei Hürth nach Darstellung Rosells immer noch sehr gering, nur drei Einwohner bezogen das Kölner Parteiorgan „Freie Presse“, und bei der Reichstagswahl am 30. Juli erhielt der Kandidat der Sozialdemokraten, August Bebel, lediglich 13 Stimmen. Das im Herbst 1878 erlassene Sozialistengesetz machte weitere Agitationsversuche unmöglich. Nur einmal, wenige Tage vor der Reichstagswahl vom Februar 1887, wurden in sämtlichen Ortschaften der Bürgermeisterei Hürth im Geheimen Aufrufe zur Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten – es war wieder August Bebel – verbreitet. „Im übrigen verlautet hier im allgemeinen wenig über die sozialdemokratische Bewegung“, schrieb der Bürgermeister zum Schluß seines Berichtes, allerdings seien dieses Mal insgesamt 40 Stimmen für Bebel abgegeben worden⁶².

Erst einige Jahre nach dem Fall des Sozialistengesetzes befaßte sich die weiterhin kleine Schar der Kölner Sozialdemokraten wieder mit der schwierigen „Landagitation“. Seit 1896 berichteten die Akten recht regelmäßig, daß sonntags „hier unbekannte Leute“, etwa „fremde Spaziergänger“, Flugblätter, Kalender oder Werbebroschüren verteilt hätten. Solche Agitationsmaßnahmen wurden seit der Jahrhundertwende durch die 1898 in Betrieb gegangene Vorortbahn zwischen Köln und Bonn erleichtert. Die Mitglieder des 1896 in Köln gegründeten ersten Arbeiter-Radfah-



Hochzeitsfoto von Christian und Anna Maria Dick, 1910 – Stadtarchiv Hürth

rervereins „Sonne“ unternahmen seither ebenfalls als „Rote Kavallerie“ Agitationstouren aufs Land⁶³. Die Behördenberichte zeigen, wie sich dann ganz am Ende des Jahrhunderts trotz aller Widerkeiten die Stimmung etwas änderte, wie es den Sozialdemokraten nun doch gelang, allmählich Anhänger zu gewinnen und in die von der Industrialisierung erfaßten Landorte vorzudringen.

Bei den Reichstagswahlen am 16. Juni 1898 verdoppelte sich die Stimmenzahl der Sozialdemokraten in den beiden von Rosell gemeinsam verwalteten Bürgermeistereien Hürth und Efferen um mehr als die Hälfte auf 180 Stimmen. In Fischenich gaben sich 1899 erstmals ortsansässige Bewohner als Sozialdemokraten zu erkennen, als sie durch Gegenreden in einer öffentlichen Versammlung die geplante Gründung eines katholischen Arbeitervereins verhinderten, und ein Jahr später, wenn auch erfolglos, für den Gemeinderat kandidierten⁶⁴. Es gelang aber noch nicht, dort eine Parteigruppe zu gründen. Es sollte vielmehr nochmals drei Jahre dauern, bis eine solche im Nachbarort Gleuel zustandekam.

Dort muß es schon länger einen kleinen Kern von Anhängern der sozialistischen Bewegung gegeben haben. Bei der ersten Wahl zum Reichstag des Norddeutschen Bundes 1867 hatte der sozialdemokratische Kandidat in der Bürgermeisterei Hürth 9 Stimmen erhalten, wovon 7 auf Gleuel entfielen.

Motor der Partei- und Gewerkschaftsgründung um die Jahrhundertwende war der damals 50jährige Mathias Werner Schnitzler, der schon in den 1860er Jahren Sozialdemokrat geworden war und dem es nun mehr als 30 Jahre später gelang, im rheinischen Braunkohlenrevier die ersten sozialdemokratischen Organisationen auf die Beine zu stellen. In den Polizeiakten erscheint er seit 1905 stets als Bezirksleiter und wichtigster Agitator der Sozialdemokratie. Seit 1908/09 werden dort zwei weitere, um 30 Jahre jüngere Gleueler genannt: Der Metallschleifer Christian Dick und der Bergarbeiter Johann Hambloch⁶⁵. 1897 hatte Schnitzler bereits den Vorsitz in dem ursprünglich kirchlichen Gleueler Krankenunterstützungsverein St. Dionysius übernehmen können. Am 14. Juni 1903 fand in seinem Garten die erste öffentliche Versammlung der Sozialdemokratie im Braunkohlenrevier statt. Sie war trotz eines Eintrittsgeldes von 10 Pfennig mit ca. 250 Personen gut besucht, und als Redner trat der Reichstagskandidat und Redakteur des Kölner Parteiblattes „Rheinische Zeitung“, Dr. August Erdmann, auf⁶⁶. Bei der Wahl konnte die SPD ihre Stimmenzahl in der Bürgermeisterei Hürth auf 490 erneut fast verdoppeln, 172 davon entfielen auf Gleuel.

Ein genaues Gründungsdatum der ersten Parteigruppe im rheinischen Braunkohlenrevier ist nicht überliefert, sie dürfte im Laufe des Jahres 1903 entstanden sein. Dies zeigen neben der ersten öffentlichen Versammlung die nun regel-

Mathias Werner Schnitzler (1851-1927), sozialdemokratischer Politiker in Gleuel, um 1900 – Stadtarchiv Hürth



mäßigen Parteibeiträge und Spenden aus Gleuel, die in der „Rheinischen Zeitung“ quittiert wurden. Im Oktober gelang es Schnitzler, auf einer oppositionellen Liste von Arbeitern und Kleinbauern, von der „Rheinischen Zeitung“ als „Vertreter gesunder Neuerungsbestrebungen“ bezeichnet⁶⁷, in den Gleueler Gemeinderat gewählt zu werden. Allerdings konnte Bürgermeister Rosell ihn schon im Mai 1904 aus dem Gemeinderat ausschließen: Schnitzler hatte nach dem Verlust seiner Arbeitsstelle einen Antrag auf Steuerermäßigung gestellt, den Rosell sofort bewilligte. Aber in seinem Antwortschreiben stellte der Bürgermeister fest, er zahle damit nicht mehr den erforderlichen Mindeststeuersatz, habe damit zugleich das Gemeinewahlrecht verloren und sei „also nunmehr nicht mehr Mitglied des Gemeinderathes, wovon Sie hiermit in Kenntnis gesetzt werden“⁶⁸. Schnitzler wehrte sich nicht gegen diesen zweifelhaften Bescheid und nahm schon an der nächsten Gemeinderatssitzung nicht mehr teil. Auch noch bei den Kommunalwahlen 1909 und 1912 besaß er wegen Nichtbezahlens des Mindeststeuersatzes kein Wahlrecht.

Gleichwohl war er schon ein Jahr später Delegierter auf dem Oberrheinischen Parteitag in Neuenahr⁶⁹, nachdem sich mit Beginn des Jahres 1905 die beiden bis dahin selbständigen Parteioorganisationen im Raum Köln zu einem einheitlichen Kreisverband, dem Sozialdemokratischen Verein für die Reichstagswahlkreise Köln-Stadt und Köln-Land, zusammengeschlossen hatten. Der Verband wurde in 23 Bezirksorganisationen neu gegliedert; Gleuel, der 19. Bezirk, war der erste und weiterhin einziger Bezirk im rheinischen Braunkohlenrevier⁷⁰.

Höhepunkt dieser Aufbauphase waren die offizielle Kandidatur der SPD und die Wahl von Christian Dick in der 3. Wählerklasse bei den Gleueler Gemeinderatswahlen am 15. November 1906. Schon Ostern 1904 hatte er als Delegierter für den seinerzeitigen Kreisverein Köln-Land am 7. Bezirksparteitag des SPD-Bezirks Oberrhein in Mühlheim (Rhein) teilgenommen. Bei der offenen Wahl von 1906 stimmten etwa 50 für die SPD-Kandidaten⁷¹. Nachdem schon im Mai 1903 in Gleuel etwa 25 Personen den Arbeiter-Gesangverein „Bruderkette“ gegründet hatten, folgte im Herbst 1906 die Gründung des Arbeiter-Radfahrervereins „Sonne“, der im Oktober im Rahmen der Kirmes ein großes Tanzvergnügen veranstaltete. Dazu waren „alle gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiter und Freunde“ eingeladen⁷².

Verband deutscher Bergarbeiter

Die ersten Nachrichten über gewerkschaftliche Aktivitäten in der Bürgermeisterei Hürth stammen aus der Zeit unmittelbar nach dem Auslaufen des Sozialistengesetzes. Am 8. Juni 1891 legte ein Teil der Arbeiter der Ribbertwerke wegen Lohnstreitigkeiten für kurze Zeit die Arbeit nieder, und auch danach kam es gelegentlich zu kleineren Arbeitseinstellungen. So verweigerten im Februar 1893 15 Arbeiter der Gruppe Theresia die Arbeit, da sie nach Eintritt des Frostes für den bisherigen Gedingelohn nicht weiterarbeiten wollten und die Werksleitung eine Erhöhung ablehnte. Die Streikenden blieben, wie es im Bericht des Kölner Regierungspräsidenten heißt, „bei ihren Familien in Hürth und beabsichtigen, nach Eintritt günstigerer Witterung, sobald der Frost nachläßt, die Arbeit wieder aufzunehmen“⁷³.

Nach der Jahrhundertwende berichtete Bürgermeister Rosell, in seinem Bezirk werde von sozialdemokratischer Seite versucht, Unzufriedenheit unter den Arbeitern der Braunkohlenwerke zu erregen⁷⁴. Hintergrund dieser Mitteilung war, daß der offiziell parteilich nicht gebundene, aber den Sozialdemokraten nahestehende Verband zur Wahrung und Förderung bergmännischer Interessen, der sog. Alte Verband, im Winter 1902/03 mit zwei öffentlichen Versammlungen in Gleuel versuchte, Eingang in das rheinische Braunkohlenrevier zu finden. Die erste Versammlung fand am Buß- und Betttag 1902 statt und war nach dem Bericht der „Rheinischen Zeitung“ mit mehr als 200 Personen, darunter auch Frauen, völlig überfüllt⁷⁵. Als Redner sprach kein geringerer als Fritz Husemann vom Gewerkschaftsvorstand in Bochum „über die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation“, der ausführlich die sozialen Mißstände und schlechten Arbeitsbedingungen im Braunkohlenbergbau schilderte, die schlechte Bezahlung anprangerte und die Anwesenden zum Beitritt in den Verband aufforderte. Die anschließende Diskussion war von der Auseinandersetzung mit dem Gewerkschaftsverein christlicher Bergarbeiter bestimmt, der mehrere prominente Vertreter, darunter den zweiten Verbandsvorsitzenden Hermann Köster, nach Gleuel entsandt hatte. Diese vertraten vor allem den Standpunkt, christliche Arbeiter könnten nur christlichen Organisationen beitreten. Eine ähnliche Auffassung hatte schon am Vormittag der Gleueler Pfarrer Klein in der Messe verkündet. Dennoch stand die Mehrheit der Versammlung auf Seiten des Alten Verbandes, und in den

darauf folgenden Tagen gelang tatsächlich die Gründung einer Zahlstelle, der in den ersten Wochen angeblich 200 Mitglieder beitraten.

Eine zweite Versammlung fand am 25. Januar 1903 statt. Als Redner war dieses Mal ein junger Redakteur der „Bergarbeiter-Zeitung“, Johann Leimpeters, aus Bochum gekommen, der erneut vor allem die schlechte Bezahlung im Braunkohlenrevier geißelte. „Die Versammlung wurde“, so wird berichtet, „mit einem begeisterten Hoch auf den Bergarbeiter-Verband“ geschlossen⁷⁶. Als einen Monat später, am 22. Februar, im Nachbarort Bachem eine dritte Versammlung abgehalten wurde, war die erste Euphorie über die scheinbar gelungene Organisation der Bergarbeiter bereits verflogen⁷⁷, und schon kurze Zeit später brach die mühsam gegründete Gruppe zusammen.

Der Alte Verband war mit diesem ersten Organisationsversuch in die Konjunkturkrise geraten, in deren Verlauf die Zahl der Beschäftigten im rheinischen Revier um über 20 % sank und auch die Löhne zurückgingen. In einem solchen Klima war angesichts der heftigen Attacken von Unternehmern, Behörden und katholischer Kirche gegen die sozialdemokratische Arbeiterbewegung nicht an eine lokale Gewerkschaftsgründung zu denken. Erst ein Jahr später scheint wieder etwas Leben in die Arbeiterschaft gekommen zu sein, als auf den Gruben Sibylla und Schallmauer wegen der Festsetzung der Gedinge die Stimmung gäerte. Nachdem die Wortführer auf Schallmauer von der Direktion gemäßregelt worden waren und ein größerer Teil der Arbeiter von sich aus gekündigt, aber trotz Arbeitskräftemangel keine neue Arbeit gefunden hatte, drängte sich der Verdacht auf, es müsse Schwarze Listen im Revier geben⁷⁸. Ein Situationsbericht vom Oktober klang ebenfalls noch ziemlich resignierend. Die Brikettwerke würden jetzt wieder gute Geschäfte machen, aber die Löhne nicht entsprechend erhöht. Bei der Verschlechterung der Konjunktur vor wenigen Jahren seien die Unternehmer dagegen mit der Herabsetzung der Löhne schnell bei der Hand gewesen: „Und da die Arbeiter in ihrer großen Mehrheit der gewerkschaftlichen Organisation noch wenig Verständnis entgegenbringen und die schwachen Ansätze zur Organisation von Unternehmern und klerikalen ‚Arbeiterfreunden‘ immer wieder vernichtet werden, fehlt ihnen auch die Macht, sich das Vorenthalte zu erkämpfen.“⁷⁹

Am Beginn des folgenden Jahres kündigte die vom Alten Verband in Bochum

herausgegebene „Bergarbeiter-Zeitung“ an, die wenigen verbliebenen Getreuen im rheinischen Revier wollten einen neuen Versuch unternehmen, „ob es nicht endlich doch gelingt, diese Gruben-Parias zu gewinnen für die große Kampfesarmee der Deutschen Knapen, damit auch ihnen ein besseres Los beschieden wird.“ Die Initiative hierzu ging von Matthias Schlösser aus, der im Herbst 1904 als erster hauptamtlicher Sekretär des Alten Verbandes für die linksrheinischen Bergreviere angestellt worden war. Obwohl er vorwiegend für das Aachener Steinkohlenrevier zuständig war, wo er seinen Sitz hatte⁸⁰, versuchte er, auch das besonders schwierige Braunkohlenrevier zu betreuen. Tatsächlich gelang hier im Laufe des Jahres 1906 ein erneuter und dieses Mal dauerhafter Durchbruch. Die Zahlstelle Gleuel konnte zu neuem Leben erweckt werden und wieder die Zahlungen an die Verbandskasse in Bochum aufnehmen.

Gegenmaßnahmen von Unternehmern, Behörden und Kirche

Die Sozialdemokraten stießen bei diesen Bemühungen auf den erbitterten Widerstand von Unternehmern, Behörden und katholischer Kirche. Bergarbeiter, die sich als Sozialdemokraten oder Mitglieder des freien Bergarbeiter-Verbandes zu erkennen gaben oder etwa durch öffentliche Kritik an den Lohn- und Arbeitsverhältnissen auch nur in den Verdacht gerieten, zu den „Roten“ zu gehören, wurden entlassen. Die Direktion der Grube Clarenberg bei Bachem ließ nach der ersten Versammlung in Gleuel im November 1902 eine lapidare Mitteilung anschlagen: „Diejenigen Arbeiter, welche in dem sozialdemokratischen Streikverein sind und den Versammlungen, die gegen Kirche, König und Thron streben, beiwohnen, werden ersucht, bis Samstag (oder 14tägige Kündigung einreichen) die Arbeit zu verlassen, da hier keine sozialdemokratischen Arbeiter beschäftigt werden.“⁸¹ Darauf antwortete die Gewerkschaft wutentbrannt mit einem Boykottaufruf, indem sie die Arbeiter in Köln und Umgebung aufforderte, keine Briketts der Grube Clarenberg zu kaufen. Aber bei dem noch niedrigen Organisationsgrad half diese Maßnahme nur wenig.

Schwarze Listen sorgten dafür, daß die entlassenen Arbeiter auch auf benachbarten Gruben keine neue Arbeit beka-

men. Ein Arbeiter, der im Sommer 1908 auf Schallmauer entlassen worden war, weil er ein Flugblatt mit der Einladung zu einer Gewerkschaftsversammlung verteilt hatte, wurde noch drei Monate später auf der Grube Engelbert bei Berrenrath abgewiesen, obwohl dort Arbeiter dringend gesucht wurden. Betriebsführer Dasbach erklärte ihm, so wie die Arbeiter sich zusammenschließen würden, hätten dies auch die Arbeitgeber getan. Wenn er ihn jetzt einstelle, müsse er 50 Mark Konventionalstrafe bezahlen. Deshalb könne er ihn frühestens nach Ablauf weiterer 3 Monate beschäftigen. Der Kommentar der „Rheinischen Zeitung“ dazu lautete: „Hier sehen wir mit aller Deutlichkeit, daß die rheinischen Braunkohlengrubenbesitzer sich genau nach dem System der schwarzen Listen des Ruhrgebietes richten. Der Geheimbund der Terroristen scheint sich über sämtliche Bergwerke Deutschlands zu erstrecken.“⁸²

Auf den wenigen öffentlichen Versammlungen, die die freien Gewerkschaften abhalten konnten, waren regelmäßig Grubenbeamte anwesend, um zu kontrollieren, welche „ihrer“ Arbeiter daran teilnahmen. Auch von den Behörden wurden die sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Organisationen, wie es in einem Bericht des Kölner Regierungspräsidenten vom 6. Oktober 1897 heißt, „fortgesetzt scharf im Auge behalten“⁸³. Auf Versammlungen war regelmäßig ein Polizeibeamter anwesend, der anschließend einen ausführlichen Bericht abfaßte. Als sich Sozialdemokraten Ende 1907 mangels eines geeigneten Versammlungsortes im Haus von Mathias Schnitzler zu einer Besprechung trafen, erschien nach kurzer Zeit ein Polizeikommissar, um diese seiner Meinung nach unangemeldete politische Versammlung aufzulösen⁸⁴. Bis zum Erlaß des neuen Vereinsgesetzes von 1908 waren auch die Gewerkschaften verpflichtet, den Behörden ihre Mitglieder namentlich bekanntzugeben, von wo aus die kompletten Mitgliederlisten dann oft sofort an den jeweiligen Ortspfarrer weitergeleitet wurden⁸⁵. Die Behörden entwickelten umfangreiche Pläne über den Einsatz von Polizei und Militär bei Ausbruch innerer Unruhen. Der Landrat des Landkreises Köln nannte als entsprechend gefährdete Orte Brühl, Badorf mit Pingsdorf, Kierberg mit Heide, Frechen, Bachem, Hürth mit Gleuel und Rodenkirchen, „in welchen Industrie- und Grubenarbeiter in größerer Zahl vorhanden sind“⁸⁶.

Ein besonderes Problem für die sozialdemokratischen Organisationen war der Mangel an geeigneten Versammlungsräumen. Meistens stellten die Wirte den

„Umstürzern“ und „vaterlandslosen Gesellen“ schon von sich aus keine Räumlichkeiten zur Verfügung, so daß 1906 im ganzen rheinischen Revier dem Verband nur ein einziges kleines Lokal zur Verfügung stand⁸⁷. Noch im Reichstagswahlkampf Anfang 1914 – mitten im Winter – konnte die SPD Versammlungen in den meisten Orten nur unter freiem Himmel auf Privatgrundstücken von Mitgliedern oder Anhängern abhalten⁸⁸. Hatte sich doch ein Wirt überreden lassen, bemühten sich die Gegner, dieses wieder rückgängig zu machen. Der Bürgermeister von Türnich berichtete 1899, in seinem Bezirk gebe es keine sozialdemokratische Agitation. Sollte doch einmal versucht werden, solche Versammlungen einzuberufen, so werde er dies mit allen Mitteln zu verhindern suchen⁸⁹.

Im September 1907 hatte man in Frechen zunächst einen Saal für eine Versammlung mit einer Referentin aus Augsburg ergattern können, der dann jedoch von den Behörden wegen baupolizeilicher Mängel geschlossen wurde. Da das Wetter gut war, konnte die Versammlung im Garten der Wirtschaft stattfinden⁹⁰. Auch in Hürth standen im Februar 1911 viele Menschen vor verschlossener Tür, obwohl der Wirt den Sozialdemokraten seinen Saal für eine Versammlung mit dem Reichstagskandidaten Heinrich Gilsbach aus Köln zugesagt hatte. Die „Rheinische Zeitung“ veröffentlichte einen anschaulichen Stimmungsbericht mit den Worten: „Aus der ganzen näheren und weiteren Umgebung waren unsere Freunde herbeigeeilt; stundenweite Wege hatten manche von ihnen trotz des stürmischen Wetters zurückgelegt, um einmal wieder einer sozialdemokratischen Versammlung beizuwohnen, aber sie konnten nicht in den Saal gelangen; der Inhaber der Wirtschaft hatte ihn abgeschlossen und ließ niemand hinein. Der Grund für das merkwürdige Vorgehen des Wirtes war unschwer zu erraten: Die schwarze Blase hatte ihm die Hölle heißgemacht und ihn veranlaßt, von seiner Zusage zurückzutreten.“⁹¹ In Gleuel stand den Sozialdemokraten und dem Bergarbeiter-Verband von 1908 bis 1911 überhaupt kein Lokal zur Verfügung, weshalb man sich entweder im Haus von Mathias Schnitzler traf, wo dann prompt der Polizeibeamte erschien, oder in die Nachbarorte Bachem oder Frechen auswich. Die Sozialdemokraten waren über diese Verweigerungen um so erbitterter, als ihre Konkurrenten überall tagen und öffentliche Versammlungen abhalten konnten. Sie reagierten darauf, indem sie in diese Versammlungen gingen, dort freie Aussprache forderten und versuchten, ihren Standpunkt publik zu ma-

chen. Wenn irgendwo in einer Einladung schon vorher freie Diskussion zugesagt worden war, erschien fast immer ein sozialdemokratischer Partei- oder Gewerkschaftssekretär aus Köln oder Bochum und hielt ein ausführliches Gegenreferat. Gelegentlich gelang es dann sogar, auf einer christlichen Versammlung eine Mehrheit für eine Resolution zu finden, in der zum Eintritt in den Bergarbeiter-Verband oder in die SPD aufgefordert wurde⁹². Die Christlichen empfanden dies als „roten Terrorismus“ und gingen dazu über, zu ihren Versammlungen Einlaßkarten auszugeben, um einen Zutritt von Anhängern der Gegenseite zu verhindern⁹³.

Im katholischen Rheinland war der Einfluß der Geistlichkeit, der Zentrumsparterie, der zahlreichen kirchlichen Vereine auf die in ihrer großen Mehrheit noch tief religiöse Bevölkerung von besonderer Bedeutung für die Sozialdemokraten. Vor allem in den ländlichen Gebieten mußten sie in einem äußerst feindselig eingestellten Milieu agieren. Nicht selten wurden ihre Flugblattverteiler mit Harken, Mistgabeln oder der Androhung handfester Prügel davongejagt⁹⁴. Beim Festzug zum 2. Stiftungsfest des Gleueler Arbeiter-Radfahrervereins im Oktober 1908 hatte jemand vorher Schusternägel auf die Straße geworfen, wozu die „Rheinische Zeitung“ schrieb: „Die moderne Arbeiterbewegung hat seit jeher hier in Gleuel einen schweren Stand gehabt. Fanatismus und Unverständnis haben immer versucht, die Arbeiterbewegung wieder zu verdrängen. Ein erfolgloses Bemühen! Statt des ehrlichen Geisteskampfes greifen die von Geistlichen und Unternehmern gegen alles Rote aufgehetzten Fanatiker nun zu anderen Waffen, zu den Waffen der Niedertracht und der Gemeinheit.“⁹⁵

Sozialdemokraten wurden als Mitglieder aus den Kriegervereinen ausgeschlossen. In Gleuel sollte dies nach einem Beschluß vom Oktober 1912 sogar für solche Mitglieder gelten, die bei der Kommunalwahl für einen SPD-Kandidaten stimmten, was mangels geheimer Wahl in Preußen ohne weiteres festzustellen war⁹⁶. Sobald in Erfahrung gebracht wurde, daß jemand dem Bergarbeiter-Verband beigetreten sei, so schrieb ein „Kamerad“, beginne von allen Seiten, auf der Arbeitsstelle, im Dorf, zu Hause, ein wahres Kesseltreiben, „bis der Austritt erreicht ist“⁹⁷.

Die wenigen aktiven Sozialdemokraten litten ungeheuer unter dem von katholischer Seite ausgehenden Druck und verdächtigten vor allem die örtlichen Geistlichen, Haupturheber der gegen sie gerichteten „Machenschaften“ zu sein.

Und in der Tat zeigten viele Pfarrer, oft vor allem die jungen Kapläne, einen großen Eifer bei der Bekämpfung der nach ihrer Ansicht „gottlosen“ Sozialdemokratie. Immer wieder finden sich Hinweise, daß die Geistlichen sogar in der Beichte den Austritt aus den sozialdemokratischen Organisationen verlangten und anderenfalls die Absolution verweigerten. Dieses Drohmittel wurde selbst gegenüber den Ehefrauen und Müttern der Arbeiter angewendet⁹⁸, so daß schließlich auch mancher resignierte, der anfangs mit Elan und Begeisterung bei der Sache gewesen war.

Christliche Arbeiterbewegung

Katholische Arbeitervereine

Als wichtigstes Gegenmittel gegen das Aufkommen und die Ausbreitung der Sozialdemokratie wurden von kirchlicher Seite die katholischen Arbeitervereine und – zumindest in beschränktem Maße – auch die christlichen Gewerkschaften angesehen und gefördert. Die Arbeitervereine waren kirchliche Zusammenschlüsse, deren Leitung stets in der Hand eines geistlichen Präses, d.h. eines örtlichen Kaplans oder Pfarrers, lag und die in das vielfältige kirchliche Vereinsleben eingebunden waren. Dazu gehörten ferner etwa die Jungfrauen-, Jünglings-, Mütter-, Borromäus- oder die Handwerkervereine. Nachdem der Katholikentag in Amberg 1884 auf Initiative des Verbandes „Arbeiterwohl“ und seines Generalsekretärs Franz Hitze zur Gründung katholischer Arbeitervereine aufgerufen hatte⁹⁹, kam es seit Herbst 1885 in Köln-Nord und -Süd, Kalk, Nippes und Mülheim zu solchen Gründungen¹⁰⁰. Eine zweite Welle folgte nach dem Schock der Reichstagswahl 1890, in der die SPD im Bezirk Köln-Stadt ihren Stimmenanteil von 20,2 % auf 34,8 % steigern und erstmals in die Stichwahl gegen den Zentrumskandidaten vordringen konnte. 1898 erfolgte die Gründung eines Verbandes der katholischen Arbeitervereine der Erzdiözese Köln, der 128 Vereine mit 26 536 Mitgliedern umfaßte.

Zentrales Anliegen dieser Vereine war es, die Religiosität der katholischen Arbeiter und damit ihre Bindung an die Kirche und die Zentrumspartei zu stärken und sie so gegen die „Irrlehren“ der Sozialdemokratie immun zu machen. Diese Stoßrichtung wurde von den Verantwortlichen nie geleugnet, sondern im Gegenteil immer wieder geradezu beschworen. So hieß es etwa 1887 in

der Verbandszeitschrift für die Kölner Arbeitervereine, sie sollten eine „Schutz- und Trutzorganisation gegen den Umsturz auf religiösem, staatlichem und wirtschaftlichem Gebiete“ sein¹⁰¹. In einer internen Denkschrift von 1901 der Diözesanleitung der katholischen Arbeiter- und Knappenvereine hieß es zu den Aufgaben ähnlich: „Auf religiös-sittlichem Gebiet ist der Kampf gegen die Verhöhnung von Glaube und Kirche, gegen die Verbreitung einer unsittlichen Literatur und Presse, gegen eine verderbliche Colportage und unsittliche Vergnügungen zu führen und die Religiosität im arbeitenden Volk überhaupt zu stärken. Auf politischem Gebiet gilt es, die Arbeiter dem Centrum zu erhalten und vor der Sozialdemokratie zu bewahren“¹⁰².

Erreicht werden sollten diese Ziele vor allem durch belehrende Vorträge, Unterrichtskurse und die gemeinsame Teilnahme an Gottesdiensten, kirchlichen Prozessionen und der Heiligen Kommunion¹⁰³. Die Aktivitäten der katholischen Arbeitervereine waren also primär nach innen auf die Gestaltung eines interessanten, erbauenden Vereinslebens gerichtet. Nie richtig geklärt und umstritten blieb, ob und inwieweit die Vereine auch nach außen wirken und eventuell als Vertreterinnen der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter auftreten sollten. In den Arbeitervereinen dominierten ständestaatliche Vorstellungen, die Arbeiter sollten daher zu einem Arbeiterbewußtsein und Standesethos erzogen werden. Gemeinsam mit den christlichen Gewerkschaften kandidierten die Vereine regelmäßig bei den Krankenkassen- und Gewerbegerichtswahlen. Darüber hinaus sollten ihre Mitglieder, wie es in dem in der Erzdiözese Köln geltenden Musterstatut hieß, über die Bestrebungen der christlichen Sozialreform aufklären und die Arbeiter „zur praktischen Mitarbeit an den Bestrebungen zur gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Hebung ihres Standes“ erziehen¹⁰⁴.

So nebulös dies auch formuliert war, so sollte es in der Praxis wohl vor allem eine Werbung für eine Mitgliedschaft in den christlichen Gewerkschaften bedeuten, die jedoch wenig erfolgreich war. Obwohl die Erzdiözese Köln grundsätzlich zu den Befürwortern der christlichen Gewerkschaften gehörte, lag der Anteil der Arbeitervereins-Mitglieder, die gleichzeitig einer christlichen Gewerkschaft angehörten, bis 1914 bei nur 15-20 %¹⁰⁵. Im Jahresbericht des für das rheinische Braunkohlengebiet zuständigen Bezirks Liblar des Gewerkevereins christlicher Bergarbeiter 1911/12

heißt es dazu, das Verhältnis zu den katholischen Arbeitervereinen sei zwar als gut zu bezeichnen, irgendeinen Mitgliederzuwachs habe man daraus aber noch nie gewonnen¹⁰⁶. Die Mitglieder müßten dort für Krankengeld- und Sterbekassen schon hohe Beiträge bezahlen und dächten oft, als Arbeitervereins-Mitglieder seien sie schon organisiert und bräuchten daher die Gewerkschaften nicht mehr. Obwohl die Politik offiziell aus den Vereinen ausgeschlossen bleiben sollte, kandidierten die katholischen Arbeitervereine, wo es zur Abwehr der Sozialdemokratie erforderlich schien, doch „im Einverständnis mit der örtlichen Zentrumspartei“¹⁰⁷ auch immer wieder einmal bei Stadt- und Gemeinderatswahlen, so etwa mit Erfolg in Gleuel im Jahre 1909.

Der erste katholische Arbeiterverein außerhalb der Stadt im Landkreis Köln entstand 1897 in Lövenich, im engeren Bereich des Braunkohlenreviers wurde 1899 erstmals ein Verein in Fischenich gegründet. Die Initiative hierzu ging vom örtlichen Pfarrer Fuß aus. Er schrieb am 22. Mai 1899 an das Kölner Generalvikariat, es gebe dort ein „dringendes“ Bedürfnis zur Gründung eines katholischen Arbeitervereins, weil einige Arbeiter ihn darum ersucht hätten und überdies sowohl an den Arbeitsstellen als auch im Ort selbst vielfache Anstrengungen gemacht würden, „um die Leute im sozialdemokratischen Sinne zu bearbeiten“¹⁰⁸. Den wenigen inzwischen am Ort aktiven Anhängern der Sozialdemokratie war es auf einer Versammlung am 26. März 1899 tatsächlich gelungen, durch Gegenreden die geplante Gründung eines katholischen Arbeitervereins zunächst zu verhindern. Sie hatten vor allem darauf hingewiesen, daß ein kirchlicher Verein nicht in der Lage sein werde, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen und dies ja nach dem vorgelegten Statutenentwurf auch gar nicht Ziel des geplanten Vereins sei, gerade darauf müsse es den Arbeitern in ihrer Lage aber ankommen. Ob der unerwarteten Opposition schloß Pfarrer Fuß die Versammlung kurzerhand und holte sich für einen erneuten Versuch am 2. Juli 1899 Verstärkung durch Rektor Haas aus Köln. Am Saaleingang wurde jetzt durch Anschlag bekanntgegeben, daß als Redner nur Geistliche zugelassen seien, so daß die Vereinsgründung nun ungehindert vollzogen werden konnte¹⁰⁹.

Eine deutliche Ausweitung der katholischen Arbeitervereine in den Landgebieten ist seit 1904 zu verzeichnen. Die Reichstagswahl im Vorjahr hatte sich mit weiteren Stimmenverlusten des Zentrums an die SPD sowohl im Wahlkreis

Köln-Stadt als auch in Köln-Land als erneuter Schock erwiesen. Raymond Sun wertet in seiner neueren Untersuchung zur Geschichte der Kölner Arbeitervereine diese Reichstagswahl als Wendepunkt in dem, wie er formuliert, „entscheidenden Kampf um die Seelen und die Wählerstimmen der katholischen Arbeiter“. Erstmals sei es der Sozialdemokratie vor allem mittels ihrer heftigen und geschickten Agitation gegen die Befürwortung einer Erhöhung der Getreidezölle durch das Zentrum gelungen, eine Bresche in die Mauern der katholischen Zentrumsfestung zu schlagen¹¹⁰.

Hierauf reagierte die katholische Seite mit einer Verstärkung ihrer Organisationsanstrengungen, insbesondere mit einer Ausweitung der Arbeitervereinsbewegung. Da die Mitgliederzahlen der bestehenden Vereine in der Stadt Köln stagnierten, geschah dies vor allem durch die systematische Neugründung von Vereinen in den Vororten und in den Landgemeinden. Jahr für Jahr wurden nun auch im Braunkohlenrevier mehrere neue Vereine gegründet, so daß dieses am Vorabend des Ersten Weltkrieges mit einem dichten Netz von ca. 30 Arbeitervereinen mit etwa 3000 Mitgliedern überzogen war. Die katholischen Arbeitervereine waren damit zahlenmäßig die weitaus größten Arbeiterorganisationen in der Region. Bei einem Vergleich mit den Mitgliederzahlen der freien und christlichen Bergarbeitergewerkschaften ist allerdings zu beachten, daß nur etwa 15-20 % der Mitglieder der Arbeitervereine Bergarbeiter waren. Nur in wenigen ausgesprochenen Bergarbeiterdörfern wie Gleuel, Bachem oder Pingsdorf lag der Anteil der Bergarbeiter an der Gesamtmitgliedschaft deutlich höher.

Gewerkverein christlicher Bergarbeiter

Der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter versuchte Anfang 1901 erstmals, Eingang in das rheinische Braunkohlenrevier zu finden. Der Vorsitzende August Brust¹¹¹ kam im Januar und Mai zu zwei Versammlungen nach Pingsdorf und Liblar, und tatsächlich gelang in beiden Orten die Gründung der ersten Zahlstellen – fast zwei Jahre vor der Entstehung der ersten freigewerkschaftlichen Gruppe in Gleuel. Die Versammlung in Pingsdorf am 20. Januar 1901 war die erste in dem noch jungen Revier überhaupt und erregte entsprechendes Aufsehen: Ein Grubenbeamter beschwerte sich beim Pingsdorfer Pfarrer über die geplante „sozialdemokratische“ Versammlung, ein anderer organisierte zum gleichen Zeitpunkt einen



August Brust (1862-1924), Vorsitzender des Christlichen Gewerkschaftsvereins – Bergbau-Archiv Bochum

„Festabend“, um die Arbeiter von der Gewerkschaftsversammlung fernzuhalten. Dem örtlichen Vertrauensmann Tusker, der die Zahlstellengründung betrieben hatte, war schon im Vorfeld die Werkswohnung gekündigt worden. Die Versammlung war dann mit 25 Personen auch nur schlecht besucht.

Brust geißelte in seiner Rede neben den miserablen Arbeits- und Lohnverhältnissen im rheinischen Revier vor allem auch die gegen den Gewerkverein gerichteten „Machenschaften“. Er komme in friedfertiger Absicht und trete nur für das Recht der Arbeiter auf Organisation ein. Wollten die Gruben den Arbeitern dieses Recht jedoch verweigern, „werde er allerdings die Arbeiter gegen das Werk aufhetzen und es bis zum äußersten versuchen, das Recht der Arbeiter zu wahren“¹¹². Die bürgerlich-liberale „Brühler Zeitung“ sprach von einer „geradezu verderblichen Bewegung“ und warnte die Arbeiter, den Verlockungen des Gewerkvereins zu erliegen, da diese doch nur dazu führten, Frieden und Eintracht an der Arbeitsstelle wie in der eigenen Familie zu zerstören: „Man nehme sich ein Beispiel an den Tausenden von Bergleuten, die während der Streikzeit 1889/90 im Ruhr- und Saarkohlenrevier ins Elend gestürzt (wurden) und mit ihren Familien hungern und darben mußten!“¹¹³ Auch die sozialdemokratische „Rheinische Zeitung“ berichtete ausführlich über die Versammlung, die wieder einmal zeige, daß man sich nur etwas der Arbeiter anzunehmen brauche, um gleich als Sozialdemokrat und Aufhetzer verschrien zu sein. Die christlichen Gewerkschaften seien den Arbeitgebern und Behörden nur dort willkommen, wo sie gegenüber schon

bestehenden freigewerkschaftlichen Organisationen als Konkurrenz und kleineres Übel aufträten, ansonsten seien sie diesen genauso verhaßt wie die freien Gewerkschaften auch¹¹⁴.

Im Vorfeld der Liblarer Versammlung war es auf der dortigen Grube Donatus zu einem kurzen Streik gegen die in der neuen Normalarbeitsordnung vorgesehene monatliche statt der bisher praktizierten wöchentlichen Lohnabrechnung gekommen¹¹⁵. Die Versammlung am 23. April 1901 war besser besucht als die in Pingsdorf, eine Reihe der Anwesenden ließ sich in den Gewerkverein aufnehmen, „so daß wir nunmehr hier einen schönen Anfang für die Anmeldestelle zu verzeichnen haben“¹¹⁶. Die Hoffnung trog. Beide Zahlstellen in Pingsdorf und Liblar sowie möglicherweise eine weitere in Badorf gingen noch im Laufe des Jahres wieder ein, ein zweiter Versuch in Liblar im Herbst 1902 scheiterte schon nach wenigen Wochen¹¹⁷.

Die Gründe hierfür waren im Prinzip die gleichen wie später in Gleuel beim freien Verband: einmal die beginnende Rezession, zum anderen der Widerstand von Behörden und Unternehmern, die jedenfalls zunächst von Gewerkschaften insgesamt nichts wissen wollten. Der langjährige christliche Gewerkschaftsführer Heinrich Imbusch schrieb dazu¹¹⁸: „Ein im Jahre 1901 gemachter Versuch zur Einführung des Gewerkvereins im rheinischen Braunkohlenrevier hatte keinen dauernden Erfolg. Infolge der scharfen Bekämpfung durch die Arbeitgeber, Behörden und andere Kreise und des Mangels an guten Vertrauensleuten gingen die im Jahre 1901 gegründeten Zahlstellen wieder ein. Alle Mitglieder waren verloren.“¹¹⁹

Die Polizei hatte auch in Liblar versucht, durch Druck auf die Gastwirte die Vermietung eines Saales zu verhindern, die Versammlung selbst wurde durch Polizeibeamte überwacht, zwei Vertrauensleute wurden kurze Zeit später entlassen¹²⁰. Wegen ihrer Interkonfessionalität und weil sie manchem schon viel zu „sozialdemokratisch“ und klassenkämpferisch waren, stießen die christlichen Gewerkschaften nicht nur bei den Unternehmern und Behörden, sondern auch in Teilen der katholischen Kirche auf Ablehnung. Sie wurden vor allem von dem konservativem Klerus sowie einem Teil der Arbeitervereine scharf bekämpft, den von Imbusch nur verschlüsselt genannten „anderen Kreisen“. Zwar konnten sich in diesem vielbeschriebenen Gewerkschaftsstreit¹²¹ in der Erzdiözese Köln die Befürworter der christlichen Gewerkschaften bald

durchsetzen, dies führte jedoch in der Praxis vor Ort meist nicht zu einer aktiven Unterstützung, sondern allenfalls zu einer neutralen Duldung der christlichen Gewerkschaften durch die Kirche.

Drei Jahre lang ruhte jede Gewerkschaftstätigkeit im rheinischen Revier. Das Verbandsorgan stellte zum Jahresende 1905 fest, lange Zeit habe man aus dem rheinischen Revier nichts berichten können, weil jede Verbindung hiermit zerstört gewesen sei. Man stehe einfach vor der unabwiesbaren Tatsache, daß dort seit Jahren keinerlei Organisation vorhanden gewesen sei, noch habe aufgenommen werden können, „weil wir wenig Agitationskräfte hatten, der hiesige Arbeiterstamm ängstlich ist und vielfach allen anderen eher glaubt als seinesgleichen, und die Grubenverwaltungen scharfe Gegner jeder Arbeiterorganisation waren und jeden Anlauf zur Organisation gleich im Keime erstickten.“¹²² Hinzu kämen die überlange Arbeitszeit sowie die verbreitete Trunksucht, mit der die Arbeiter ihre Lage zu vergessen suchten. Seit einigen Wochen habe das in Köln ansässige Generalsekretariat der christlichen Gewerkschaften Deutschlands jedoch eine neue Agitation im rheinischen Revier eingeleitet¹²³. Es zeige sich, daß die bisher so stillen und zurückgezogenen Arbeiter jetzt plötzlich auch in öffentlichen Versammlungen nicht mehr mit Zustimmung geizten, wenn man die Verhältnisse im Braunkohlenrevier angreife, und tatsächlich auch in größerer Zahl der Organisation beiträten.

Anlaß zu dem erneuten Agitationsversuch waren offenbar die Arbeiterauswahlwahlen, die nach dem neuen Preußischen Berggesetz vom 14. Juli 1905 in allen Gruben mit mehr als 100 Beschäftigten stattfinden mußten, sowie die für Anfang 1906 anstehenden Wahlen der Beisitzer bei den Gewerbegerichten. Das Kölner Generalsekretariat ging dabei generalstabsmäßig vor. In praktisch allen Bergarbeiterdörfern wurden vom Herbst 1905 bis zum Frühjahr 1906 Versammlungen abgehalten, an einem Sonntag sollen es bis zu 20 gewesen sein. Sie waren gut besucht, in Grefrath sollen 250-300 Personen teilgenommen haben. Oft konnte an Ort und Stelle sofort eine Zahlstelle gegründet werden¹²⁴.

Der freie Bergarbeiter-Verband hatte dem, da er bis auf einige Einzelkämpfer im Revier weiter nicht existierte, zunächst kaum etwas entgegenzusetzen, weshalb zu einigen der Versammlungen die Sekretäre anderer Gewerkschaften oder der SPD aus Köln anreisten. So versuchten der Arbeitersekretär Theodor Bartels am 3. September 1905 in Fre-

chen und der SPD-Bezirksvorsitzende August Rieger am 26. November 1905 in Knapsack den Standpunkt der freien Gewerkschaften zu vertreten, was zumindest teilweise erfolgreich gewesen zu sein scheint. Rieger erhielt für seine Ausführungen starken Beifall, und es gelang auch, in der Versammlung die „Bergarbeiter-Zeitung“ zu verteilen¹²⁵. Da sie danach keine Versammlungsräume erhielten, hatten die freien Gewerkschaften aber nicht die Möglichkeit, nachzuhaken und ihre Anhänger zu einer eigenen Versammlung zusammenzurufen.

Der Christliche Gewerkverein schaffte es hingegen, noch 1905 neun und 1906 weitere 13 Zahlstellen zu gründen¹²⁶. Zum 1. April 1906 konnten in Liblar ein Bezirksbüro eröffnet und mit Franz Rothhäuser ein hauptamtlicher Sekretär angestellt werden, der von dort aus sowohl das rheinische Braunkohlen- als auch das Nordeifeler Bleierzrevier betreute. Am 10. Juni 1906 fand in Liblar eine erste Bezirkskonferenz statt, zu der der neu gewählte Verbandsvorsitzende Hermann Köster erschien. Am 23. September 1906 wurde eine erste Vorstände-Konferenz abgehalten¹²⁷. Auf der vom 29. Juni bis zum 2. Juli 1907 in Gelsenkirchen stattfindenden 11. Generalversammlung des Gewerkvereins waren erstmals Delegierte aus dem rheinischen Revier vertreten. Franz Rothhäuser schilderte in einem längeren Diskussionsbeitrag die schwierigen Verhältnisse im rheinischen Braunkohlenrevier, insbesondere die lange Zwölfstundenschicht, die geringen Löhne und die Beschäftigung vieler ausländischer Arbeiter, die die deutsche Sprache nicht beherrschten. Die Bevölkerung in den Dörfern sei der Gewerkschaft gegenüber sehr feindlich eingestellt, die Behörden ließen ihre Plakate entfernen, und bis auf wenige Ausnahmen versuchten die Unternehmer, den Gewerkverein mit allen Mitteln niederzuringen. Zu den wenigen Ausnahmen zählten die Direktoren Gruhl in Brühl und Bellerhammer in Frechen, die sich zu Verhandlungen mit Rothhäuser bereit erklärt hätten, was dieser als ersten beachtlichen Erfolg des Gewerkvereins wertete¹²⁸.

Der Christliche Gewerkverein konnte sich im Laufe des Jahres 1906 einigermaßen fest etablieren – mit etwa 20 Zahlstellen und „einer nach Hunderten zählenden Mitgliederzahl“¹²⁹. Er war damit dem Alten Verband weit voraus und nahm im rheinischen Revier eindeutig die Pionierrolle bei der gewerkschaftlichen Organisation der Bergarbeiter ein. Mit der unvermeidlichen Polemik, im Kern aber wohl doch richtig, schrieb der „Bergknappe“ am 10. Februar 1906, der

Alte Verband verfüge im Revier nur über eine „Schiebkarre voll Mitglieder“, der Gewerkverein hingegen habe dort bereits mehr Kameraden, die für ihre Überzeugung gemaßregelt worden seien, als der Alte Verband überhaupt Mitglieder.

Leider sind genaue Mitgliederzahlen nur schwer zu ermitteln, da der Gewerkverein mit entsprechenden Angaben äußerst zurückhaltend war. Auf jeden Fall gingen die Zahlen in den Krisenjahren 1908/10 wieder deutlich zurück. In den Berichten aus dieser Zeit werden die enormen Schwierigkeiten bei der gewerkschaftlichen Organisationsarbeit erneut überdeutlich. Neben den schon erwähnten vielfältigen Gründen wird vom Gewerkverein immer wieder auf das Problem der hohen Fluktuation verwiesen. Es sei viel schwieriger, die Mitglieder zu halten als neue zu gewinnen, die erste Begeisterung erweise sich oft nur als Strohfeuer. 1908 wurden in den zum Landkreis Köln gehörigen Zahlstellen 382 neue Mitglieder aufgenommen, denen ein Verlust von 276 Mitgliedern durch Austritt, Wegzug oder Tod gegenüberstand. Ein Jahr später war es im Zeichen der Wirtschaftskrise umgekehrt: Bei einer Neuaufnahme von 38 Mitgliedern waren 188 Austritte zu verzeichnen¹³⁰. Für die Jahre 1910 und 1911 veröffentlichte der Gewerkverein Statistiken über die Einnahmen und Ausgaben seiner Zahlstellen, aus denen sich einigermaßen präzise Mitgliederzahlen errechnen lassen, die sich mit den an anderen Stellen gelegentlich gemachten Angaben in etwa decken. Seit der Wiederbelebung der Konjunktur 1911 stiegen die Zahlen langsam wieder an, Ende 1911 verfügte der Gewerkverein in 23 Zahlstellen über 540 Mitglieder, das waren mehr als doppelt so viele wie beim Alten Verband, allerdings immer noch nur 6,5 % der Gesamtbelegschaften.

Der Gewerkverein versuchte nun dort, wo er mit Mitgliedern präsent war, eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erreichen. Ein wichtiges Mittel hierzu war zunächst sein Verbandsorgan „Der Bergknappe“, in dem seit 1906 regelmäßig Berichte über die Zu- und vor allem Mißstände im linksrheinischen Revier erschienen. Ein deutliches Schwergewicht legte er von Anfang an auf die Beteiligung an den Wahlen zu den Arbeiteraussschüssen sowie der Knappschaftsältesten und der Beisitzer bei den Gewerbegerichten. Die ersten Arbeiterauswahlwahlen aufgrund der Berggesetznovelle von 1905 waren vom Alten Verband boykottiert worden, so daß hier, wenn überhaupt, nur christliche Gewerkschaftsvertreter



Arbeiter der Gewerkschaft Hürtherberg, 1914 – Stadtarchiv Hürth

gewählt wurden. Bei den Wahlen der Knappschaftsältesten gelang es dem Gewerkverein, mit der bisherigen unseiligen Praxis zu brechen, immer nur Grubenbeamte in dieses Gremium zu wählen, und erstmals Arbeitervertreter durchzusetzen. 1907 waren von 14 Knappschaftsältesten in der Brühler Knappschaft 5 Arbeiter, und diese gehörten sämtlich dem Gewerkverein an. Bei den Neuwahlen 1908 errang er 14 Sitze, während der Alte Verband nur ein Mandat erhielt.¹³¹

Zur Jahreswende 1906/07 wurde auf Initiative der christlich organisierten Arbeiter die auf der Grube Konkordia bei Liblar vorgenommene Erhöhung der Arbeitszeit auf sogar 12,5 Stunden wieder zurückgenommen¹³². Im April 1907 konnte auf dem Gruhlwerk bei Brühl mit einem eintägigen Streik, der von christlich und frei organisierten Arbeitern gemeinsam getragen wurde, eine Lohn-erhöhung durchgesetzt werden. Der „Bergknappe“ betonte in seinem Bericht hierüber, dieser „zufriedenstellende Erfolg“ sei nicht nur durch die Einigkeit der Arbeiter, den augenblicklichen Arbeitskräftemangel und die gute Konjunktur erreicht worden, sondern vor allem durch die Organisation, „weil Herr Gruhl wußte, daß hinter den Forderungen die Organisationen mit ihren leistungsfähigen Kassen standen“¹³³.

Nach dem Einsetzen einer erneuten Hochkonjunktur leitete der Gewerkverein im Mai/Juni 1913 eine Bewegung zur Erhöhung der Löhne und zur Verkürzung der Arbeitszeit ein. Er richtete

seine Forderungen in einem Schreiben an den Verein für die Interesssen der rheinischen Braunkohlen-Industrie, verteilte im ganzen Revier entsprechende Flugblätter und organisierte in allen wichtigen Orten Bergarbeiterversammlungen¹³⁴. Da der Gewerkverein die Bewegung ohne Absprache mit dem freien Verband begonnen hatte, kam es mit diesem zu heftigen Auseinandersetzungen. Der freie Verband erklärte, er werde bei einem vom Gewerkverein eventuell eingeleiteten Streik nicht „den Streikbrecher machen“, bezeichnete das Vorgehen im übrigen aber als bloße „Lohnbewegungskomödie“. Eine vom Alten Verband für den 29. Juni 1913 nach Grefrath, einer Hochburg des Christlichen Gewerkvereins, einberufene Versammlung wurde von der Polizei aufgelöst, da es zu Handgreiflichkeiten zwischen Anhängern beider Richtungen zu kommen drohte¹³⁵.

Zu einem Streik ließ es der Christliche Gewerkverein nicht kommen. Nachdem die Arbeitgeber die Forderungen im wesentlichen abgelehnt hatten, versuchte er, diese über die Arbeiterausschüsse der einzelnen Gruben erneut einzubringen, konnte letztlich aber nur einige geringfügige Lohnerhöhungen auf einzelnen Gruben durchsetzen¹³⁶. Im Herbst 1913 richtete der Gewerkverein daraufhin eine Petition zur Verkürzung der Arbeitszeit an das Preußische Abgeordnetenhaus. In diesem Jahr sei in der Brühler Knappschaft zumindest ein gewisser Erfolg erzielt worden. Man habe dort endlich, wenn auch mit Beschränkungen, die freie Arztwahl für Knapp-

schaftsangehörige durchsetzen können¹³⁷.

In den Berichten des Gewerkvereins wird deutlich, wie sich seine Position und sein Ansehen in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg allmählich positiv verändert hatten. Während er zu Beginn seines Auftretens von allen Seiten „scharf bekämpft“ wurde, heißt es von den Behörden erstmals etwa 1908, diese hätten ihre Haltung mittlerweile geändert und stünden der Organisation nun zumindest neutral gegenüber. Bereits 1904 hatte der Kölner Regierungspräsident den Landrat in Bergheim angewiesen, Anhänger der „christlich-sozialen Organisation“ nicht fälschlicherweise als Sozialdemokraten einzustufen und zu behandeln¹³⁸. Und von den Unternehmern wird erstmals 1912 berichtet, sie träten inzwischen nicht mehr so schroff auf und würden sich an die Existenz der Christlichen Gewerkschaft zu gewöhnen scheinen, während die Geistlichkeit bis auf wenige Ausnahmen mittlerweile sogar Sympathie bekunde.

Äußerst problematisch und gespannt blieb hingegen bis zum Ersten Weltkrieg das Verhältnis zum konkurrierenden Alten Verband. Während in der Großstadt Köln und darüber hinaus etwa seit dem dortigen Holzarbeiterstreik von 1905¹³⁹ doch Ansätze einer Zusammenarbeit oder wenigstens eines abgestimmten Verhaltens erkennbar sind, ist derartiges im rheinischen Braunkohlenrevier nicht zu verzeichnen. Es blieb hier bis zum Kriegsausbruch bei heftiger Polemik und gegenseitigen Anfeindungen. Obwohl man mit dem Alten Verband scheidlich-friedlich leben wolle, gebe es einfach kein Auskommen mit ihm. Dessen Verhalten sei nur abstoßend, und es sei unmöglich, mit ihm sachlich zu reden und zu verhandeln¹⁴⁰.

Die weitere Entwicklung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung bis 1914

Sozialdemokratie

Im Sommer 1907 feierten die Gleueler Sozialdemokraten ihre Erfolge. Das erste Stiftungsfest des Arbeiter-Radfahrervereins „Sonne“ am 11. August wurde als „Sommerfest der frei organisierten Arbeiterschaft Gleuels“ ausgestellt. Schon in der Ankündigung hieß es, die zu erwartende große Beteiligung werde Zeugnis davon ablegen, „wie die moderne Arbeiterbewegung auch in

Gleuel, trotz der Unduldsamkeit gewisser Einwohner, in kräftigem Vorwärt-drängen begriffen ist“¹⁴¹. Gleuel war zu diesem Zeitpunkt weit und breit der einzige Ort auf dem Land, in dem es eine Ortsgruppe der SPD gab, dazu noch einen sozialdemokratischen Gemeindeverordneten, eine Zahlstelle der Gewerkschaft sowie einen Gesang- und einen Sportverein. Daher kamen auch viele Sympathisanten von weither, die Kölner Genossen leisteten Hilfestellung, und so wurde es bei schönem Wetter ein rauschendes Fest. Aus dem der „Rheinischen Zeitung“ zugeschickten Bericht gehen der ganze Stolz und die Genugtuung darüber hervor, daß hier endlich ein gewisser Durchbruch gelungen war: „Das Stifungsfest... gestaltete sich zu einer wirkungsvollen Kundgebung der hiesigen Partei- und Gewerkschaftsgenossen. Trotzdem zahlreiche Gäste aus der Umgegend daran teilnahmen, konnte man doch beobachten, wie besonders die Gleueler Arbeiter die Gelegenheit wahrnahmen, öffentlich Zeugnis davon abzulegen, in welchem Umfang sie für die sozialistischen Ideen gewonnen sind. Ganz besonderen Eindruck machte der Festzug, der sich würdevoll am Pfarrhof vorbei zum Festlokal bewegte“¹⁴².

Anfang 1908 gab es in Gleuel schon eine Austrägerin für die Parteizeitung, und im Gemeinderat ging der frisch gewählte Christian Dick mit viel Schwung und Elan an seine neue Aufgabe. Obwohl er erst 25 Jahre alt war, legte er ein erstaunliches Selbstbewußtsein und Redetalent an den Tag. Er kritisierte den Bürgermeister wegen unkorrekter Protokollführung und ungenügender Unterrichtung des Gemeinderates, forderte die sofortige Neuwahl der Armendeputation und verlangte die Neufestsetzung des ortsüblichen Tagelohnes. Er stellte den Antrag, keine Gemeindearbeiten mehr an Ratsmitglieder zu vergeben und die nächste Kommunalwahl an einem Sonntag abzuhalten, damit auch die Arbeiter ohne Lohnverlust teilnehmen könnten.

Die „Rheinische Zeitung“ berichtete regelmäßig und ausführlich über den Verlauf der Gemeinderatssitzung, bei wichtigen Fragen wurde auch das Abstimmungsverhalten der einzelnen Ratsmitglieder bekanntgemacht. Dick erreichte dadurch zunächst einmal, daß der Gemeinderat im Gegensatz zu früher fast bei allen Sitzungen vollzählig anwesend war, und er konnte sich, obwohl angefeindet und allein auf weiter Flur, auch inhaltlich erstaunlich oft durchsetzen. Die seit 1897 amtierende Armen-deputation wurde tatsächlich neu besetzt, wenn auch nicht mit den von Dick

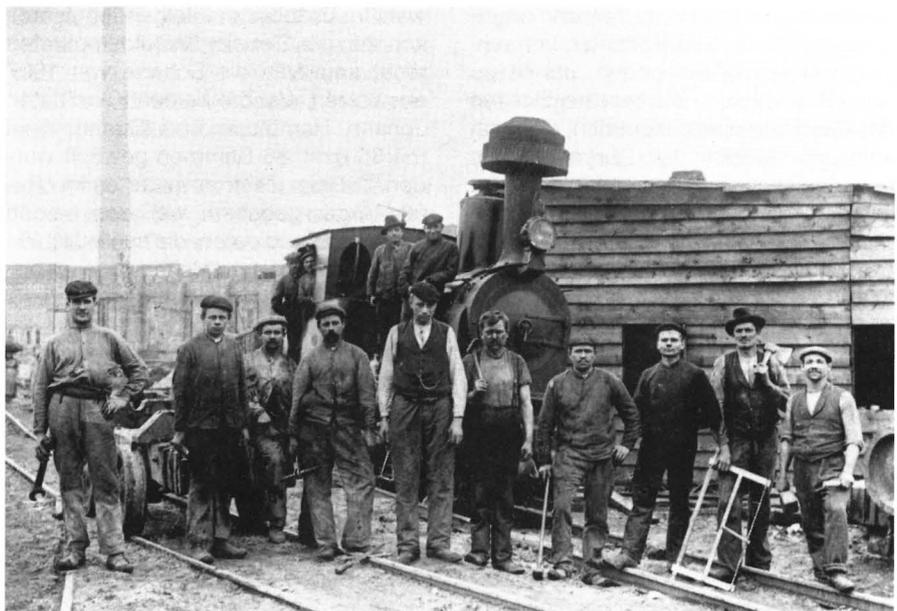
vorgeschlagenen Arbeitern. Sein Antrag vom Dezember 1908, den Hinterbliebenen des schweren Grubenunglücks auf der Zeche Radbod bei Hamm eine Unterstützung aus Gemeindemitteln zukommen zu lassen, wurde zwar einhellig abgelehnt, dafür beschloß der Rat aber, an Weihnachten 100 Mark außer der Reihe an Bedürftige im Ort zu verteilen¹⁴³. Auf einer gut besuchten öffentlichen Versammlung am 10. Januar 1909 berichtete Dick über seine bisherige Arbeit als Gemeindevertreter und führte dabei aus, wie sehr seiner Meinung nach den bürgerlichen Vertretern auf den Gebieten etwa der Volksschule und der Armenpflege das soziale Verständnis fehle und wie nötig es deshalb sei, den Arbeitern eine Vertretung in den Gemeinderäten zu erkämpfen. Am Ende sprach ihm die Versammlung für seine Tätigkeit im Gemeinderat ihre volle Anerkennung aus und betonte die Notwendigkeit, „sozialpolitisch denkende und proletarisch empfindende Vertreter in den Gemeinderat zu entsenden“¹⁴⁴.

Damit war der Wahlkampf für die Ende 1909 anstehenden Gemeinderatswahlen eingeläutet. Allerdings hatte sich zum Zeitpunkt der Versammlung die Stimmung für die Gleueler Sozialdemokraten bereits wieder verschlechtert. 1907 war im Ort ein katholischer Arbeiterverein gegründet worden, der es innerhalb weniger Monate auf 200 Mitglieder brachte, mithin mindestens doppelt so viele wie die von SPD und Bergarbeiter-Verband zusammen. 1908 war eine Zahlstelle des Christlichen Gewerkevereins gefolgt, und zur Jahreswende 1907/08 hatte sich die einsetzende

Rezession mit steigender Arbeitslosigkeit und einem Rückgang der Löhne bemerkbar gemacht. Hinzu traten wahrscheinlich noch persönliche Probleme des Lokalmatadors Christian Dick, der eine strenggläubige Katholikin geheiratet hatte, die ihm vorher das Versprechen abgenommen hatte, die Politik aufzugeben. Er kandidierte daher schon nicht mehr zur Kommunalwahl von 1909 und schied tatsächlich völlig aus der Politik aus. Die von ihm zuvor stets vehement kritisierten Verhältnisse hatten ihn selbst eingeholt¹⁴⁵.

Für die Gemeinderatswahl stellte der katholische Arbeiterverein in der 3. Wählerklasse eigene Kandidaten auf. Die SPD beschwor ihre Mitglieder und Anhänger in dem äußerst heftigen Wahlkampf, sich auch in der Krise nicht entmutigen zu lassen und den Wahltag zu einem „Ehrentag“ für die Gleueler Arbeiterbewegung zu machen¹⁴⁶. Aber es half nichts: Die beiden Arbeitervereinskandidaten setzten sich mit 80 bzw. 81 Stimmen überraschend klar gegen die Sozialdemokraten durch, die nur 57 Stimmen erhielten¹⁴⁷. Durch die vehemente und erfolgreiche Gegenagitation von katholischer Seite war das sozialdemokratische Ratsmandat – eines der ganz wenigen im katholischen Rheinland überhaupt – wieder verlorengegangen, und die Gleueler SPD wurde infolge von Wirtschaftskrise und Wahlniederlage erneut an den Rand eines völligen Zusammenbruchs gebracht. Ein Jahr lang war von ihr nichts mehr zu hören, und in dieser Zeit verlagerten sich die Aktivitäten der Partei im Landkreis Köln zunächst eindeutig auf die Nach-

Arbeiter der Grube Vereinigte Ville, um 1905 – Stadtarchiv Hürth



barstadt Brühl, später zum Teil auch auf Frechen. Eine ähnliche Entwicklung läßt sich für den Bergarbeiter-Verband feststellen. In Gleuel waren bis Mitte 1910 die Mitgliederzahlen stark zurückgegangen, eine gewisse Mutlosigkeit hatte sich breitgemacht, und mancher treue Mitkämpfer, der früher in den vorderen Reihen gestanden hatte, war ungeduldig und interesselos geworden. Außerdem verfügte man nach wie vor über kein ständiges Versammlungslokal¹⁴⁸.

In Brühl war Anfang 1908 auf Initiative des Schreiners Franz Höing eine Parteigruppe entstanden, die über einen Saal für größere Veranstaltungen in einem Resturant verfügte¹⁴⁹. 1910 bestanden in diesem Ort eine Zahlstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und ein Arbeiter-Gesangverein, zur Jahreswende 1910/11 gelang sogar die Gründung einer Arbeiterjugend-Gruppe¹⁵⁰. Brühl entwickelte sich so zum Vorort der sozialdemokratischen Bewegung im linksrheinischen Landkreis, wo regelmäßig größere öffentliche Versammlungen wie Wahlrechtskundgebungen, Märzfeiern zur Erinnerung an die 1848er Revolution und Mai-Kundgebungen stattfanden. Bei der Maifeier 1911 kam es zu einem aufsehenerregenden Eklat, weil trotz eines aus dem gesamten Landkreis zusammengezogenen Polizeiaufgebots „ein paar Genossen glaubten, sie hätten das gleiche Recht wie allsonntäglich die Ausflügler, spazieren zu gehen und ein Lied zu singen“¹⁵¹. Offenbar hatten die Brühler Sozialdemokraten eine Maidemonstration in Form eines gemeinsamen Sonntagnachmittags-Spaziergangs zustandegebracht und dabei auch noch Arbeiterlieder gesungen. Dies veranlaßte den neuen, noch jungen Bürgermeister Dick, sofort die geplante Abendveranstaltung im Vereinslokal zu verbieten. Als sich dort eine große Zahl von Teilnehmungswilligen ebenso wie Polizisten vor verschlossenen Türen fanden, sei es zu einer Ansammlung wie bei einer zweiten Maidemonstration gekommen, die auch ohne die Mithilfe des Bürgermeisters eindrucksvoller nicht hätte gestaltet werden können, meinte die „Rheinische Zeitung“. Am folgenden Sonntag wurde die Versammlung mit Heinrich Gilsbach, dem Verleger der Zeitung und Reichstagskandidaten für Köln-Land, als Festredner im überfüllten Saal nachgeholt¹⁵². 1913 gelang es den Brühlern sogar, einen richtigen Demonstrationzug mit Gesang und roten Fahnen nach Kierberg und Heide zu organisieren¹⁵³.

Da die Gleueler Sozialdemokraten nicht mehr über ein Versammlungslokal verfügten, wichen sie in die Nachbarorte aus, wo in Bachem und Frechen je ei-

ne Versammlungsmöglichkeit bestand. Seit 1908 firmierte die Parteigruppe auch meist als Bezirk Gleuel-Bachem-Frechen¹⁵⁴. Allerdings versiegten nach der Gleueler Wahlniederlage auch die Aktivitäten in Bachem und Frechen, um erst in der zweiten Jahreshälfte 1910 wieder aufzuleben. Am 24. September beteiligten sich die Sozialdemokraten an der Kommunalwahl in Frechen und waren über ihr gutes Abschneiden gegenüber der Zentrumsparterie selbst überrascht: „Wer mochte annehmen, daß in einer der schwärzesten Ecken des schwarzen Landkreises 123 Einwohner sich öffentlich zur Sozialdemokratie bekennen würden?“¹⁵⁵ Kurze Zeit später, im Oktober, konnten zwei große öffentliche Versammlungen mit jeweils mehreren 100 Teilnehmern abgehalten und einen weiteren Monat später eine eigene Bezirksgruppe Frechen gegründet werden¹⁵⁶. Seit der zum Jahresbeginn 1911 von dem neuen Parteisekretär Paul Runge vorgenommenen Neuorganisation des Kölner Sozialdemokratischen Vereins wurden der neue Bezirk Frechen-Benzelrath als 38., Gleuel-Bachem als 37. und Brühl als 39. Bezirk geführt. Gemeinsam mit den Kölner Bezirken Sülz, Lindenthal und Braunsfeld bildeten sie den 7. Distrikt¹⁵⁷.

Auch in Gleuel ist seit Anfang 1911 allmählich wieder ein reguläres Partei- und Versammlungsleben zu verzeichnen. Im November fanden in der Privatwohnung des Bergarbeiters Hambloch eine Mitgliederversammlung und in einem Saal erstmals wieder eine öffentliche Versammlung statt. Heinrich Gilsbach sprach zum Thema „Die Sozialdemokratie als Vertreterin der armen Leute“¹⁵⁸. In diesem Lokal konnten von nun an auch die wieder regelmäßig veranstalteten Mitgliederversammlungen stattfinden. Bei der Gemeinderatswahl im Oktober des folgenden Jahres konnten die Gleueler Sozialdemokraten recht souverän die Scharte von 1907 auswetzen, als ihre beiden Kandidaten Johann Hambloch und Stefan Klein mit 85 bzw. 86 Stimmen gewählt wurden¹⁵⁹. Beim Zentrum hatte es im Vorfeld Ärger gegeben, weil den beiden offiziellen Kandidaten, die schließlich 54 bzw. 46 Stimmen erhielten, zwei oppositionelle Kandidaten entgegengestellt worden waren, die es auf 19 bzw. 18 Stimmen brachten. Johann Hambloch hatte nach dem Verlust von Christian Dick mehr und mehr die Rolle des Anführers der Gleueler Sozialdemokratie und der Bergarbeiterbewegung übernommen. Er wurde jetzt auch deren Wortführer im Gemeinderat und 1914 schließlich hauptamtlicher Sekretär des Bergarbeiter-Verbandes im rheinischen Braunkohlenrevier¹⁶⁰.

In dem zum Landkreis Köln gehörigen Teil des Reviere konnte bis zum Ersten Weltkrieg lediglich 1913 in Hürth eine weitere Bezirksgruppe der SPD gegründet werden¹⁶¹, über deren Mitgliederzahl keine genauen Angaben zu ermitteln sind. Die seit 1911 in der „Rheinischen Zeitung“ veröffentlichten Abrechnungen der einzelnen Bezirke ergeben nur ein vages Bild, lassen aber doch den Schluß zu, daß es im Bezirk Gleuel-Bachem bis 1914 allenfalls 25 und in dem neuen Bezirk Hürth keinesfalls mehr als ein Dutzend eingeschriebene Mitglieder gab. Bestätigt werden diese Zahlen etwa durch die Angabe, daß im Sozialdemokratischen Verein Köln-Stadt und -Land 1910 bzw. 1913 21 bzw. 35 Bergarbeiter Parteimitglied waren¹⁶².

In den Kreisen Euskirchen und Bergheim, die zusammen einen Reichstagswahlkreis bildeten, gab es bis kurz vor dem Weltkrieg überhaupt nur eine Parteigruppe in der Kreisstadt Euskirchen. 1908 besaß die Partei im gesamten Wahlkreis 100 Mitglieder, 1911 waren es 73 und 1913 immerhin 103¹⁶³. Im Kreis Bergheim entstanden die ersten SPD-Gruppen erst Anfang 1918. Noch am 23. Januar 1918 berichtete der Bergheimer Landrat, in seinem Kreis seien sozialdemokratische Vereine nicht vorhanden¹⁶⁴. Das sozialdemokratische Parteisekretariat in Köln hielt zwischen Dezember 1917 und März 1918 eine ganze Versammlungsserie im Braunkohlenrevier ab, die zu den ersten Gründungen von Parteigruppen führte¹⁶⁵.

Verband deutscher Bergarbeiter

Nach der Reaktivierung der Gleueler Zahlstelle konnte der freie Bergarbeiter-Verband im Herbst 1906 mehrere Versammlungen in Hürth, Knapsack und Heide organisieren, die noch vor Jahresende zur Gründung der beiden neuen Gruppen „Vereinigte Ville“ und „Gruhlwerk“ führten. Im September trat nach einer Versammlung in Knapsack angeblich eine Reihe von Arbeitern vom Christlichen Gewerkverein in den freien Verband über, und bald darauf sollen am Ende einer weiteren Versammlung in Hürth 20 Bergleute dem Bergarbeiter-Verband beigetreten sein, die sich auch nicht durch die anwesenden Grubenbeamten von diesem Schritt abhalten ließen¹⁶⁶. Die Zahlstelle Gruhlwerk-Heide, die im Oktober entstand, begrüßte im Dezember auf einer gut besuchten Versammlung die geplante Anstellung eines hauptamtlichen Sekretärs für das Braunkohlenrevier und verlangte vom Hauptvorstand des Bergarbeiter-Verbandes, gemeinsam mit dem Christli-



Grüßpostkarte aus Hürth-Hermülheim mit Seilbahn für den Kohlentransport, ca. 1908 – Stadtarchiv Hürth

chen Gewerkverein eine Bewegung zur Erhöhung der Löhne einzuleiten. Der Aufforderung des Vorsitzenden, Mißstände auf den Gruben zu schildern, „kamen denn auch die Kameraden nach und unerschrocken brandmarkten sie die menschenunwürdigen Zustände, wie sie heute auf diesen Werken noch bestehen“¹⁶⁷. Schon bis zum nächsten Mai war die Mitgliederzahl der Zahlstelle nach einem Bericht der Bergarbeiter-Zeitung bereits auf annähernd 140 angewachsen¹⁶⁸.

Im Zeichen der Hochkonjunktur konnten 1907 noch weitere sechs Zahlstellen in Bachem, Buschbell, Berrenrath, Fische nich, Frechen und Hürth gegründet werden. Zur Agitation nutzte der Verband dabei mangels eigener Säle oft weiterhin Veranstaltungen des Christlichen Gewerkvereins. Auf einer dieser Versammlungen in Gleuel im März 1907 bestand die Mehrheit der Anwesenden aus Anhängern der freien Gewerkschaft. Nach dem Einführungsreferat des Gewerkschaftssekretärs Triquart aus Köln brachte Christian Dick seine Genugtuung darüber zum Ausdruck, daß sich endlich auch einmal in Gleuel die Gelegenheit biete, in einer großen Arbeiter-versammlung seine Meinung zu sagen: „Sodann zerpfückte Genosse Dick die Redensarten des Referenten in einer Weise, daß die Versammlung ihm den lebhaftesten Beifall zollte“, hieß es in der sozialdemokratischen Berichterstattung. Auch der aus Köln angereiste Sekretär des freien Maurerverbandes, Georg Fröhlich, konnte ausführlich sprechen¹⁶⁹.

In Gleuel und Berrenrath gelang es Ende 1907, auf zwei christlichen Versammlungen Resolutionen über die anstehende Knappschaftsreform im Brühler Bezirk durchzusetzen, die von Mitgliedern des freien Verbandes vorgelegt worden waren und in denen ein einheitliches Vorgehen beider Verbände gefordert wurde. Eine vom Christlichen Gewerkverein zum 29. Juni 1908 nach Berrenrath einberufene Versammlung wurde von der Leitung mit der Begründung nicht eröffnet, daß sich unter den anwesenden etwa 30 Personen nur 2 Anhänger des Gewerkvereins befänden. Nachdem der christliche Referent das Lokal verlassen hatte, forderte der gerade neu angestellte Sekretär des Bergarbeiter-Verbandes, Peter Remshagen, die Arbeiter zum Bleiben auf, so daß zum ersten Mal eine Versammlung des Bergarbeiter-Verbandes in Berrenrath stattfinden konnte¹⁷⁰.

Ende 1907 kam es erstmals unter der Führung des Bergarbeiter-Verbandes im rheinischen Revier zu einer Lohnbewegung. Auf einer Belegschaftsversammlung der Grube Schallmauer am 24. März 1907 wurden ein Forderungskatalog aufgestellt und eine Kommission für Verhandlungen mit der Grubenverwaltung gewählt, die dann auch tatsächlich einige Lohnerhöhungen zugestand. Gleich beim ersten Anlauf, so schrieb die „Bergarbeiter-Zeitung“ befriedigt, seien ganz erhebliche Erfolge erzielt worden, „und es werden auch weitere Erfolge erreicht werden, wenn sich die Braunkohlenarbeiter sämtlich dem Ver-

bande anschließen“. Drei Wochen später legte auf der Grube ein Teil der Arbeiter wegen Streitigkeiten um eine Überstundenregelung die Arbeit nieder. Der aus Aachen herbeigerufene Verbandssekretär Matthias Schlösser nahm Verhandlungen mit der Grubenleitung auf, so daß der Streik zwei Tage später mit einem erneuten Teilerfolg für die Arbeiter beendet werden konnte¹⁷¹. Auch auf der Grube Vereinigte Ville kam es im Frühjahr 1907 zu einem kurzen, zweitägigen Streik¹⁷².

Zum 1. April 1908 konnte der Bergarbeiter-Verband endlich den geplanten eigenen Bezirk 39 für das rheinische Braunkohlenrevier gründen und mit Peter Remshagen einen hauptamtlichen Sekretär einstellen, der in Köln residierte. Zu diesem Zeitpunkt waren die Mitgliederzahlen auf über 300 gestiegen¹⁷³. Die einsetzende Wirtschaftskrise machte das mühsam Erreichte aber auch hier fast wieder gänzlich zunichte. Seit Mitte des Jahres gingen die Mitgliederzahlen rapide zurück, bis zum Jahresende war bereits mehr als die Hälfte der Mitglieder verloren¹⁷⁴. Die Zahlstellen Berrenrath, Fische nich, Brühl und Gymnich brachen ganz zusammen, andere wie Buschbell, Hürth, Vereinigte Ville und Kerpen konnten nur mit äußerster Mühe und wenigen Mitgliedern gehalten werden. Der soeben erst geschaffene Bezirk mußte daher schon Ende 1909 aufgelöst werden. Remshagen wurde nach Gelsenkirchen versetzt, das rheinische Revier erneut dem Aachener Bezirk unter Matthias Schlösser

zugeschlagen¹⁷⁵. Erst seit 1911 stiegen die Mitgliederzahlen ganz langsam wieder an, so daß der Verband sich bis zum Vorabend des Ersten Weltkrieges einigermaßen stabilisieren und 1914 mit Johann Hambloch aus Gleuel erneut einen hauptamtlichen Sekretär für das rheinische Revier anstellen konnte. Die Mitgliederzahlen von 1908 wurden aber bis zum Weltkrieg nicht wieder erreicht. Der freie Verband konnte bis 1914 nicht einmal 3 % der Bergarbeiter organisieren.

Der Christliche Gewerkverein blieb die eindeutig stärkere Organisation mit etwa der dreifachen Mitgliederzahl, er hatte sein Liblarer Bezirksbüro auch in der Rezessionsphase 1908/10 halten können. Allerdings ist eine deutliche Ungleichgewichtigkeit der Mitgliederrelationen im Landkreis Köln einerseits und in den Kreisen Euskirchen und Bergheim andererseits festzustellen. In dem stärker städtisch geprägten Landkreis Köln mit den Bürgermeistereien Brühl, Hürth und Frechen waren beide Verbände etwa ebenbürtig mit leichten Vorteilen sogar für den freien Verband, der dafür in den rein ländlichen Gebieten der Kreise Euskirchen und Bergheim überhaupt nicht vertreten war. Dort war der Christliche Gewerkverein die einzige Bergarbeitergewerkschaft und praktisch ohne Konkurrenz. Der freie Bergarbeiter-Verband konnte hier überhaupt erst 1911/12 in Balkhausen eine erste einigermaßen stabile Zahlstelle gründen.

Zusammenfassung

Das rheinische Braunkohlenrevier war der Nachzügler unter den deutschen Kohlerevieren. Der Durchbruch erfolgte, begünstigt durch den großen Bergarbeiterstreik 1889, erst seit 1890. Danach hatte das Revier jedoch bis zum Ersten Weltkrieg die höchsten Wachstumsraten aller deutschen Kohlereviers zu verzeichnen. Die Arbeiter rekrutierten sich fast ausschließlich aus der ländlichen Umgebung, lediglich in Zeiten wirtschaftlicher Hochkonjunktur wurden zusätzlich ausländische Kräfte eingesetzt. Die heimischen Belegschaften verfügten zumeist über eigenen Haus- und Grundbesitz und hatten die Arbeit im Braunkohlenbergbau wegen der neuen Verdienstmöglichkeiten angenommen. Sie verließen diese auch schnell wieder, wenn die häusliche Landwirtschaft, sonstige persönliche Umstände oder auch nur das Feiern der Dorfkirmes es erforderten.

Sie verfügten über keine bergmännischen Traditionen und kein berufsspe-

zifisches Bewußtsein. Eine Gewöhnung an die industrielle Arbeitsdisziplin erfolgte wie die allmähliche Herausbildung eines bergmännischen Arbeiterbewußtseins erst in den allerletzten Jahren vor Kriegsausbruch. Insbesondere die überlange Arbeitszeit von 12 Stunden bei Tag und Nacht war äußerst belastend und machte zudem gewerkschaftliche und politische Aktivitäten praktisch unmöglich. Unter diesen Bedingungen konnten sich politische und gewerkschaftliche Organisationen nur spät und mühsam entwickeln. Erschwerend trat neben der entschiedenen Ablehnung durch Unternehmer und Behörden vor allem die Dominanz des Katholizismus hinzu. Die ersten gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Organisationen entstanden 1901/03, fielen aber der zu dieser Zeit einsetzenden Rezession zum Opfer. Eine Neubelebung und gewisse Konsolidierung war erst in der Phase der Hochkonjunktur 1905/08 möglich.

Der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter spielte bei dieser Entwicklung die Vorreiterrolle, er blieb bis zum Ersten Weltkrieg die eindeutig stärkere Organisation, wobei ein signifikanter Unterschied zwischen den am Ostabhang der Ville liegenden Gebieten des Landkreises Köln (seit 1908 Bergrevier Köln-Ost) und den westlich der Ville befindlichen Gebieten der Kreise Bergheim und Euskirchen (Bergrevier Köln-West) festzustellen ist. In diesen wesentlich stärker ländlich strukturierten Gebieten besaß der Christliche Gewerkverein sogar eine Monopolstellung. Dort konnten bis unmittelbar vor dem Ersten Weltkrieg weder der freie Bergarbeiter-Verband noch die SPD Fuß fassen. Im Landkreis Köln besaß der Bergarbeiter-Verband hingegen ein leichtes Übergewicht. Dort konnte auch die SPD in Brühl, Hürth und Frechen insgesamt vier Bezirksgruppen gründen.

Die höchsten Mitgliederzahlen erreichten die Gewerkschaften in der ersten Jahreshälfte 1908. Die nachfolgende Wirtschaftskrise brachte die jungen Organisationen erneut an den Rand des Zusammenbruchs. Allein die katholischen Arbeitervereine erwiesen sich als von den Konjunkturen unabhängig. Sie stellten die stärksten Vereinigungen im rheinischen Revier und verfügten über etwa so viele Bergarbeiter als Mitglieder wie der Christliche Gewerkverein, der bis 1914 etwa 6 % der Bergarbeiter organisieren konnte, während es der freie Bergarbeiter-Verband nur auf weniger als 3 % brachte. Eine ernstzunehmende Gegenmacht zu den patriarchalisch auftretenden Unternehmern konnten die Gewerkschaften nicht aufbauen.

Nennenswerte Streiks hat es nicht gegeben. Allein in den Hochkonjunkturphasen vor 1902 und 1905/08 kam es zu wenigen kleineren Teilausständen auf einzelnen Gruben, die nie länger als 1-2 Tage dauerten. Die immer wieder geäußerte Befürchtung der Behörden, die großen Streiks auf den Steinkohlenzechen könnten auf das rheinische Braunkohlenrevier übergreifen, waren unbegründet¹⁷⁶. Im Gegenteil: Der Streik im Ruhrgebiet von 1889 verhalf dem linksrheinischen Revier erst zum geschäftlichen Durchbruch. Und auch während des Ruhrstreiks von 1905 freuten sich nicht nur die Unternehmer, sondern auch die Arbeiter über die durch die Knappheit an Ruhrkohle bedingte gute Geschäftstätigkeit in der Braunkohlenindustrie¹⁷⁷. In der Hochkonjunkturphase 1905/08 neigten die Arbeiter verstärkt zu Formen individuellen Widerstandes durch „Aufsässigkeit“ gegenüber den Grubenbeamten, Fernbleiben von der Arbeit und häufigen Stellenwechsel. Dieses Verhalten wurde in der Krise 1908/10 abgelegt und trat danach kaum mehr auf. Insofern bedeutete die Krise einen wichtigen Schritt bei der Durchsetzung modernerer Arbeitsbeziehungen im rheinischen Revier. Dies fand seinen Ausdruck auch in der seither zumindest teilweise feststellbaren, allmählichen Respektierung der Gewerkschaften durch Behörden und Unternehmer.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Kleinebeckel 1986, S. 107-111.
- 2 Vgl. Mommsen/Borsdorf 1979 und Tenfelde 1992.
- 3 Bei dem Beitrag handelt es sich um eine überarbeitete Fassung des Aufsatzes, den der Verfasser in Heft 3/1996 der IWK (Internationale wissenschaftlichen Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung) veröffentlicht hat.
- 4 Siebert 1910; parallel dazu ist beim selben Doktorvater eine Untersuchung der unternehmerischen Organisationen angefertigt worden, vgl. Hermann Meyer: Die rheinische Braunkohlenindustrie und ihre wirtschaftliche Organisation, Diss. Bonn 1910.
- 5 Hamers 1910.
- 6 Berrendorf 1922.
- 7 Puhl 1928.
- 8 Elster 1939.
- 9 Dohr 1921.
- 10 Wündisch 1982; ders 1952; ferner zahlreiche Aufsätze in der Rheinbraun-Werkszeitschrift „Revier und Werk“, in lokalhistorischen Zeitschriften und unveröffentlichte Manuskripte in: Zentralarchiv Rheinbraun Bergheim-Paffendorf (fortan: ZARB) Best. 000/910.
- 11 Vgl. Göddertz 1964; Heeg 1974; Enkler 1977; Flohr 1986.
- 12 Hundert Jahre SPD 1963; Born 1952;

- Klersch 1954.
- 13 50 Jahre Zahlstelle Gleuel 1952 (mit geringfügigen Erweiterungen wieder aufgelegt zum 80jährigen Bestehen 1982); Festschrift 1963; Prasuhn 1983; Stier 1992.
- 14 Liebermann/Meer-Leyh 1988.
- 15 Hansa-Gerd Dick: Strukturwandel im südlichen Vorgebirge durch den Braunkohlenbergbau von der Jahrhundertwende bis in die dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts, ms. Köln 1989; ders. 1991.
- 16 Joachim Stier: Die Arbeiterschaft im Landkreis Bergheim 1890-1920, ms. Köln 1993.
- 17 Zur Frühgeschichte des rheinischen Braunkohlenabbaus vgl. v.a. Wündisch 1952 und 1982; Heeg 1974, S. 206-246; Kleinebeckel 1986, S. 36 ff.
- 18 Vgl. ebd., S. 72.
- 19 Plönes 1935, S. 14; Hamers 1910, S. 127 (Tab.II); Meyer 1910, S. 52 ff. (Tab. 14-16).
- 20 Neben den Fabriken der Grube Brühl und der Roddergrube waren 1886 die Ribbertwerke bei Hermülheim und 1887 die Horremer Brikettfabrik in Betrieb gegangen, – vgl. Göddertz 1964; Klug 1990; Aufstellung über die Betriebsdauer der Brikettfabriken ca. 1966, ZARB Best. 000/910
- 21 Heusler 1897, bes. S. 182 ff.; Plönes 1935, S. 19 ff.
- 22 Albert Pass: Die Elektrizitäts-Großversorgung im Kölner Braunkohlengebiet, ms. Diss. Köln 1923, S. 7 ff.; ders.: 1930, S. 6 ff.; Kleinebeckel 1986, S. 140 ff.
- 23 Ausführlich dazu Meyer 1910, S. 57 ff.; ferner Rosell 1926, S. 11 ff.; Nachrodt 1927, S. 188 ff.
- 24 Meyer 1910, S. 42; Piatscheck 1937, S. 8.
- 25 Klein 1915, S. 779; Wisotzky 1992, S. 1066; Plönes 1935, S. 6; Brüggemeier 1984, S. 271 f.
- 26 Jahresberichte der Bergbehörde des Bergreviers Brühl-Unkel bzw. ab 1908 der Bergreviere Köln-Ost und Köln-West, in: Jahres-Berichte der Königlich Preußischen Regierungs- und Gewerbeträte und Bergbehörden 1895 ff., Berlin 1896 ff. (fortan: JBB), 1906, S. 692.
- 27 Vgl. dazu die betreffenden Jahresberichte ebd., ferner Betriebsberichte des Braunkohlen- & Briketwerkes Berggeist Brühl an Bergrevierbeamten Köln 1903-1914 im NRW-Hauptstaatsarchiv Düsseldorf (fortan: HStAD), Best. Bergrevier Köln-Ost, Nr. 1 f.
- 28 Siebert 1910, S. 53.
- 29 Eine Schilderung der Anwerbung bayrischer Arbeiter für die Grube Brühl bei Piatscheck 1937, S. 18 f.; die ersten Bayernvereine wurden in Knapsack 1910 und 1912 gegründet, – vgl. Stadtarchiv Hürth (fortan: StAHü), Best. 1.11, Nr. 72, S. 104 ff.; Seiferth 1960, S. 9 f.
- 30 Vgl. zusammenfassend zur Geschichte der Ausländerbeschäftigung in Deutschland Herbert 1986; zu den italienischen Arbeitern vor dem Ersten Weltkrieg vgl. Del Fabbro 1992.
- 31 Dohr 1921, S. 38.
- 32 HStAD, Best. Landratsamt Bergheim, Nr. 11: Landrat Bergheim an Regierungspräsident Köln, 17.02.1908; vgl. Siebert 1910, S. 55 ff.; Heeg 1974, S. 260; JBB 1907, S. 674; ebd. 1906, S. 692, heißt es hingegen, das Verhalten der „fremdländischen“ Arbeiter werde fast allgemein gerühmt und es sei mit ihnen vielfach besser auszukommen als mit den einheimischen.
- 33 Siebert 1910, S. 59; Der Bergknappe v. 06.06.1908; Rheinische Zeitung v. 17.07.1912 und 26.07.1913.
- 34 Zur Mechanisierung des Braunkohlenabbaus im Rheinland vgl. mit ausführlichen technischen Beschreibungen der seit 1907 eingesetzten Abbaugeräte Neidhart 1910, S. 79 ff.; ferner Puhl 1928, S. 6 ff.; Kleinebeckel 1986, S. 117; H. Görgen: Die technische Entwicklung der Bagger, Absetzer, Hilfsgeräte und der Fördertechnik, ms., ca. 1960, in: ZARB, Best. 000/910; zahlreiche Examensarbeiten von Bergreferendaren in: HStAD, Best. 562, Oberbergamt Bonn, Nr. 994 ff.
- 35 Genauere Beschreibungen des manuellen Abbaus etwa bei Hamers 1910, S. 17 ff.; Siebert 1910, S. 91 ff.; Flohr 1986, S. 25 f.
- 36 Vgl. dazu etwa Mallmann 1992, S. 602.
- 37 Siebert 1910, S. 81; Bergarbeiter-Zeitung v. 16.03.1907.
- 38 JBB 1903, S. 612 f.
- 39 JBB 1895, S. 703 und 1901, S. 469; Abdruck der Arbeitsordnung bei Siebert 1910, S. 212 ff.
- 40 Zusammenstellung für die Jahre 1909-1912 in: Bericht des Hauptvorstandes des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands (fortan: GBG) über die Jahre 1911 und 1912, S. 58 f.; vgl. ferner Siebert 1910, S. 79.
- 41 Ebd., S. 86 ff. und 213.
- 42 Vgl. dazu den Diskussionsbeitrag von Franz Rothhäuser auf der 11. Generalversammlung des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter 1907, in: GBG 1905/06, S. 155 f.; ferner GBG 1907/08, S. 32; Rheinische Zeitung v. 25.07.1905; Der Bergknappe v. 29.09.1906; Bergarbeiter-Zeitung v. 16.03.1907.
- 43 Der Bergknappe v. 19.01.1907.
- 44 Puhl 1928, S. 11; Bergarbeiter-Zeitung v. 11.12.1906.
- 45 JBB 1905, S. 610; JBB 1910, S. 682.
- 46 JBB 1900 ff.; Amtliche Unfallstatistik im deutschen Bergbau, in: Der Kompaß. Organ der Knappschafts-Berufsgenossenschaft für das Deutsche Reich 24, 1909, S. 13, und 29, 1914, S. 90 und 120.
- 47 Ebd. 1903, S. 612 f., 1904, S. 653, und 1908, S. 658; Jahresbericht des Vereins für die Interessen der rheinischen Braunkohlen-Industrie 1901/02, S. 6, und 1907, S. 6.
- 48 JBB 1904, S. 653 f.
- 49 JBB 1903, S. 612.
- 50 JBB 1902, S. 526, und 1909, S. 673.
- 51 JBB 1907, S. 675.
- 52 JBB 1908, S. 658.
- 53 Siebert 1910, S. 192 f.; Berrendorf 1922, S. 160, geht sogar davon aus, daß noch nach dem Ersten Weltkrieg etwa 2/3 der verheirateten Arbeiter ein eigenes Haus besaßen und ca. 10 % in Grubenwohnungen lebten.
- 54 JBB 1890, S. 332, und 1905, S. 705; Kleinebeckel 1986, S. 111.
- 55 Eigene Berechnungen aufgrund der Angaben über vorhandene Bergarbeiterwohnungen in JBB 1895 ff.; die Berechnungen basieren auf der Annahme, daß in jeder Wohnung durchschnittlich 1,5 Bergarbeiter wohnten, – vgl. dazu auch Dohr 1921, S. 48 ff.
- 56 Siebert 1910, S. 193.
- 57 JBB 1909, S. 672 (7 % Leerstand); auch in den Jahren 1910-1913 waren nach den Berichten der Bergbehörden die Kapazitäten nie voll ausgelastet, vgl. JBB 1910 ff.
- 58 JBB 1909, S. 670; ferner JBB 1902, S. 526, und 1903, S. 614.
- 59 Faust 1990.
- 60 StAHü, Best. 1.11, Nr. 152: Bürgermeister Hürth an Landrat Köln v. 18.06. und 04.08.1878; zur Entstehungsgeschichte der Hürther Arbeiterbewegung mit genauen Einzelnachweisen vgl. Faust 1994.
- 61 Brunn 1986, S. 53 ff.
- 62 StAHü, Best. 1.11, Nr. 245: Bürgermeister Hürth an Landrat Köln v. 25.02.1887.
- 63 Rheinische Zeitung v. 27.03.1900.
- 64 HStAD, Best. Landratsamt Köln, Nr. 7: Bürgermeister Hürth an Landrat Köln v. 02.06.1899.
- 65 Zahlreiche Berichte des Landrates und Regierungspräsidenten Köln, in: HStAD, Best. Regierung Köln, Nr. 7632, 7684, 7710 und 8264; Landeshauptarchiv Koblenz (fortan: HAKO), Best. 403, Nr. 6864 f.; zu Schnitzler und Hambloch vgl. ferner die Kurzbiographien bei Bers 1973, S. 155 ff.
- 66 Rheinische Zeitung v. 06. und 15.06.1903.
- 67 Ebd. v. 05.10.1903.
- 68 StAHü, Best. 1.11, Nr. 224: Bürgermeister Hürth an Mathias Schnitzler v. 20.05.1904.
- 69 Parteitageprotokolle 1904 und 1905, zitiert nach Bers 1973, S. 121 und 130.
- 70 Rheinische Zeitung v. 10.10.1904 und 20.02.1906.
- 71 StAHü, Best. 1.11, Nr. 194: Wahlergebnisse.
- 72 Rheinische Zeitung v. 22.09. und 06.10.1904 und 12.10.1906; Festschrift zur Jubiläumsfeier des Quartett-Vereins „Sängerkrantz“ Gleuel 1953, S. 5.
- 73 LHAKO, Best. 403: Regierungspräsident Köln an Oberpräsident Koblenz v. 08.02.1893, zitiert nach Bers/Klöcker Wentorf 1976, S. 34 f.
- 74 StAHü, Best. 1.10, Nr. 190 II: Bürgermeister Hürth an Landrat Köln v. 04.12.1902.
- 75 Rheinische Zeitung v. 25.11.1902.
- 76 Ebd. v. 29.01.1903.
- 77 Ebd. v. 25.02.1903.
- 78 Ebd. v. 05.04.1904.
- 79 Vgl. hierzu ebd. v. 23.10.1905.
- 80 Verband der Bergarbeiter Deutschlands. Jahresbericht (fortan: JBV) 1905 und 1906, Bochum 1907, S. 46 und 154 ff.; zu Schlösser Bers 1973, S. 169.
- 81 Rheinische Zeitung v. 06.12.1902.
- 82 Ebd. v. 23.11.1908.
- 83 LHAKO, Best. 403, Nr. 6843.
- 84 Rheinische Zeitung v. 28.12.1907.
- 85 JBV 1907/08, S. 144; vgl. dazu ausführlich Feige 1986, S. 105 ff.
- 86 HStAD, Best. Landratsamt Köln, Nr. 225: Landrat Köln an Regierungspräsident Köln v. 21.10.1913; Regierungspräsident Köln an Gouvernement Köln v. 05.11.1913, ebd., Best. Regierung Köln, Nr. 7855; ferner LHAKO, Best. 403, Nr. 7029: Regierungspräsident Köln an Oberpräsident Koblenz v. 05.10.1904.
- 87 Bergarbeiter-Zeitung v. 31.03.1906.
- 88 Rheinische Zeitung v. 05., 06., 09. und 13.02.1914.
- 89 HStAD, Bestand Landratsamt Bergheim, Nr. 11: Bürgermeister Türnich an Landrat Bergheim v. 06.10.1899.
- 90 Rheinische Zeitung v. 12.09.1907.
- 91 Ebd. v. 20.02.1911.
- 92 Ebd. v. 16. und 28.03.1911.
- 93 Ebd. v. 18.10. und 23.12.1909.
- 94 Ebd. v. 03.12.1906.
- 95 Ebd. v. 19.08.1908.
- 96 Ebd. v. 14.09.1905 und 04.10.1912.
- 97 JBV 1909/10, S. 208.
- 98 Vgl. etwa die Rheinische Zeitung v. 25.07.1905.
- 99 Zur Entstehungsgeschichte der katholischen Arbeitervereine vgl. Berger 1971, S. 26 ff.; Erdmann 1908, S. 203 ff; Müller 1901, S. 66 f.

- 100 Vgl. hierzu und zum folgenden Sun 1992, S. 330 ff.; ferner Broch 1977, S. 13 ff.; Froitzheim 1984, S. 1 ff.
- 101 Christlicher Arbeiterfreund v. 17.10.1887.
- 102 Archiv des Erzbistums Köln (fortan: AEK), Best. Gen., Nr. 23.2,3(2) v. 01.10.1901.
- 103 Zum internen Vereinsleben und Vereinsmilieu ausführlich Sun 1992, S. 385 ff.
- 104 AEK, Best. Gen., Nr. 23.2,4(3).
- 105 Jahresberichte des Bezirksverbandes der katholischen Arbeitervereine Köln-Mülheim (wechselnde Titel) 1907 ff.
- 106 GBG 1911/12, S. 265.
- 107 Jahresbericht des katholischen Arbeitsekretariates und des Bezirksverbandes der katholischen Arbeitervereine Cöln-Mülheim 1904, S. 13.
- 108 AEK, Best. Gen., Nr. 23.2,3(1).
- 109 HStAD, Best. Landratsamt Köln, Nr. 7: Bürgermeister Hürth an Landrat Köln v. 02.06. und 02.09.1899; StAHü, Best. 1.11. Nr. 245; Pfarrer Fuß an Bürgermeister Hürth v. 20.06. und 06.07.1899; Rheinische Zeitung v. 30.03. und 10.07.1899.
- 110 Sun 1992, S. 588.
- 111 Zur Person Brusts vgl. Berger 1971, S. 250, sowie Schneider 1982, S. 63.
- 112 Der Bergknappe v. 02.22.1901.
- 113 Brühler Zeitung v. 23.01.1901, zitiert nach Siebert 1910, S. 168.
- 114 Rheinische Zeitung v. 04.02.1901.
- 115 Der Bergknappe v. 20.04.1901; zur Änderung der Löhne nach der neuen Arbeitsordnung vgl. JBB 1901, S. 469.
- 116 Der Bergknappe v. 04.05.1901.
- 117 Ebd. v. 01.11.1902.
- 118 Imbusch 1908, S. 486.
- 119 Ebd.
- 120 Der Bergknappe v. 25.05.1901.
- 121 Brack 1986; Berger 1971, S. 105 ff.; Schneider 1982, S. 172 ff.
- 122 Der Bergknappe v. 30.12.1905.
- 123 Vgl. dazu auch Siebert 1910, S. 171.
- 124 Ausführliche Versammlungsberichte auch in Der Bergknappe v. 17.02., 05.03. und 28.04.1906; Bergarbeiter-Zeitung v. 28.01.1906; zahlreiche Versammlungsanmeldungen 1906-1908 für Türrnich, Grefrath, Brügggen, Balkhausen, Bottenbroich und Habelrath in: Stadtarchiv Kerpen, Best. 114, Nr. T 135, sowie HStAD, Best. Landratsamt Bergheim, Nr. 11; der Bergrevierbeamte berichtet von einer umfangreichen agitatorischen Tätigkeit des Gewerkvereins während des ganzen Jahres 1906, – vgl. JBB 1906, S. 692.
- 125 StAHü, Best. 1.10, Nr. 190 II: Bürgermeister Hürth an Landrat Köln v. 14.12.1905; Rheinische Zeitung v. 08.09. und 28.11.1905.
- 126 Siebert 1910, S. 174 f.
- 127 GBG 1905/06, S. 97; Der Bergknappe v. 09.96. und 22.09.1906.
- 128 GBG 1905/06, S. 155 f.
- 129 Ebd., 97
- 130 Jahresbericht Kartell der christlichen Gewerkschaften zu Cöln 1908, S. 25, und 1909, S. 12.
- 131 Siebert 1910, S. 164 f.; GBG 1905/06, S. 98; Der Bergknappe v. 30.12.1905, 13.01. und 29.12.1906 sowie 25.05.1907.
- 132 Siebert 1910, S. 80.
- 133 Der Bergknappe v. 04.05.1907.
- 134 Jahresbericht Kartell der christlichen Gewerkschaften Köln 1913, S. 44; HStAD, Best. Landratsamt Köln, Nr. 195: Landrat Köln an Regierungspräsident Köln v. 13.06.1913; HStAD, Best. Landratsamt Bergheim, Nr. 11: Bürgermeister Türrnich an Landrat Bergheim v. 06.06.1913.
- 135 Rheinische Zeitung v. 03.07.1913; Stadtarchiv Kerpen, Best. 114, Nr. T 135: Vermerke Bürgermeister Türrnich v. 29.06. und 05.07.1913.
- 136 Die vorliegenden Behördenberichte sprechen allgemein von einer nur geringen Unterstützung für die Lohnbewegung, – vgl. HStAD, Best. Landratsamt Bergheim, Nr. 11: Bürgermeister Türrnich v. 06.06.1913, Bürgermeister Paffendorf v. 09.06.1913, Bürgermeister Bergheim und Horrem v. 10.06.1913 an Landrat Bergheim; vgl. auch Dick 1989, S. 84; Stier 1993, S. 69 f.
- 137 Jahresbericht Kartell der christlichen Gewerkschaften Köln 1913, S. 44.
- 138 HStAD, Best. Landratsamt Bergheim, Nr. 11: Regierungspräsident Köln an Landrat Bergheim v. 14.05. und 30.07.1904.
- 139 Faust 1992, S. 41 f.; Schneider 1982, S. 228 f.
- 140 GBG 1907/08, S. 104, und 1909/10, S. 164.
- 141 Rheinische Zeitung v. 09.08.1907.
- 142 Ebd. v. 16.08.1907.
- 143 StAHü, Best. 2.01, Nr. 16: Protokolle Gemeinderat Gleuel 1907 ff.; Rheinische Zeitung v. 27.08., 05.11. und 19.12.1907, 29.09. und 12.12.1908, 31.03. und 16.04.1909.
- 144 Ebd. v. 16.1.1909.
- 145 Mündliche Mitteilungen von Gertrud Brachvogel, Christian Dick jun. und Elisabeth Pesch, Hürth, v. 26.07. und 03.08.1993; StAHü, Best. 1.11, Nr. 224: Christian Dick an Bürgermeister Hürth v. 22.06.1909 und Aktenvermerk Bürgermeister Hürth v. 25.09.1909; ebd., Best. 2.01, Nr. 16: Protokoll Gemeinderat Gleuel 8.10.1909.
- 146 Rheinische Zeitung v. 25.09. und 16.10.1909.
- 147 StAHü, Best. 1.11, Nr. 224: Wahlniederschrift und Wählerverzeichnis v. 17.10.1909.
- 148 Notiz aus Gleuel in der Rheinischen Zeitung v. 01.06.1910.
- 149 Prasuhn 1983, S. 11; Rheinische Zeitung v. 15.01.1908.
- 150 Ebd. v. 04.05.1908, 02., 15. und 18.10.1910, 28.04.1911; zum späteren KPD-Reichstagsabgeordneten Walter Stoecker vgl. Stoecker 1970.
- 151 Rheinische Zeitung v. 02.05.1911.
- 152 Ebd. v. 06. und 09.05.1911.
- 153 Prasuhn 1983, S. 14 f.
- 154 Rheinische Zeitung v. 27.05., 04.09. und 06.11.1908.
- 155 Ebd. v. 26.09.1910.
- 156 Ebd. v. 19.10., 02. und 19.11.1910.
- 157 Ganzseitige Aufstellung der neuen Bezirks- und Distrikteinteilung in: ebd. v. 23.05.1911.
- 158 Ebd. v. 07.01. und 19.05.1911.
- 159 StAHü, Best. 1.11, Nr. 224: Wahlniederschrift v. 20.10.1912.
- 160 Bers 1973, S. 155 f.; 50 Jahre Zahlstelle 1952; Rheinische Zeitung v. 17.01.1919.
- 161 Ebd. v. 17.01.1913.
- 162 Ebd. v. 26.10.1910 und 20.06.1913.
- 163 Ebd. v. 13.03.1909; Stier 1993, S. 77.
- 164 HStAD, Best. Landratsamt Bergheim, Nr. 11: Landrat Bergheim an Regierungspräsident Köln v. 23.01.1918.
- 165 Ebd.: Sozialdemokratisches Parteisekretariat Köln an Gouvernement Köln v. 02. und 18.12.1917, 23.01., 26.02. sowie 18.03.1918; Rheinische Zeitung v. 29.01., 05.03. und 30.04.1918; vgl. auch Stier 1992, S. 33 f., sowie Faust 1992, S. 217 ff.
- 166 Rheinische Zeitung v. 04.09. und 25.10.1906; Bergarbeiter-Zeitung v. 15.09. und 17.11.1906.
- 167 Ausführlicher Versammlungsbericht in: Bergarbeiter-Zeitung v. 29.12.1906; vgl. auch ebd. v. 20.10.1906 und Rheinische Zeitung v. 10.01.1907.
- 168 Bergarbeiter-Zeitung v. 04.05.1907.
- 169 Ebd. v. 30.03.1907; Rheinische Zeitung v. 14.03.1907.
- 170 Ebd. v. 04.07.1908.
- 171 Bergarbeiter-Zeitung v. 27.04.1907; Der Bergknappe v. 25.05.1907; JBB 1907/08, S. 71.
- 172 Siebert 1910, S. 118.
- 173 JBB 1907/08, S. 147.
- 174 Nach Angaben des Christlichen Gewerkvereins sanken die Mitgliederzahlen des Bergarbeiter-Verbandes von 385 im Mai über 241 im Juni auf 157 im Dezember 1908, – vgl. GBG 1907/08, S. 104.
- 175 JBB 1909/10, S. 209.
- 176 Vgl. etwa HStAD, Best. Landratsamt Bergheim, Nr. 11: Regierungspräsident Köln an Landrat Bergheim v. 23.10.1906.
- 177 JBB 1905, S. 609.

Bibliographie

- BERGER, Michael:
1971 Arbeiterbewegung und Demokratisierung. Die wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Gleichberechtigung des Arbeiters im Verständnis der katholischen Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Deutschland zwischen 1890 und 1914, Diss. Freiburg 1971.
- BERRENDORF, Franz:
1922 Die Arbeitsverhältnisse im rheinischen Braunkohlenrevier, unter besonderer Berücksichtigung des maschinellen Kohleabbaus, Diss. Marburg 1922.
- BERS, Günter (Hrsg.):
1973 Die Sozialdemokratische Partei im Agitationsbezirk obere Rheinprovinz 1897-1918. Rechenschaftsberichte und Parteitageprotokolle, Köln 1973.
- BERS, Günter/KLÖCKER, Michael (Hrsg.):
1976 Die Sozialdemokratische Arbeiterbewegung im Kölner Raum 1890 bis 1895, Wentorf 1976.
- BORN, Kurt:
1952 50jähriges Gewerkschaftsjubiläum in Gleuel, in: Revier und Werk 1952, H. 11, S. 22-23.
- BRACK, Rudolf:
1986 Die deutschen Bischöfe und der Gewerkschaftsstreit, in: Rheinische Vierteljahrsblätter 50, 1986, S. 190-205.
- BROCH, Ernst Detlef:
1977 Katholische Arbeitervereine in der Stadt Köln 1890-1901, Wentorf 1977.
- BRÜGGEMEIER, Franz-Josef:
1984 Leben vor Ort. Ruhrbergleute und Ruhrbergbau 1889-1919, 2. Aufl., München 1984.
- BRUNN, Gerhard (Hrsg.):
1986 Sozialdemokratie in Köln. Ein Beitrag zur Stadt- und Parteigeschichte, Köln 1986.
- CHIEN SUN, Raymond:
1992 „Before the Enemy is Within Our Walls“: A Social, Cultural, and Political History of Catholic Workers in Cologne, 1885-1912, Diss. Baltimore 1992.

- DICK, Hans-Gerd:
1991 Die Arbeiterschaft im rheinischen Braunkohlenbergbau von der Jahrhundertwende bis in die dreißiger Jahre, in: Geschichte in Köln 30, 1991, S. 105-122.
- DEL FABBRO, René:
1992 Wanderarbeiter oder Einwohner? Die italienischen Arbeitsemigranten in der Wilhelminischen Gesellschaft, in: Archiv für Sozialgeschichte 32, 1992, S. 207-229.
- DOHR, Wilhelm:
1921 Das Siedlungs- und Wohnungsproblem im linksrheinischen Braunkohlenrevier, Diss. Köln o.J. (1921).
- ELSTER, Werner:
1939 Die Arbeiter im linksrheinischen Braunkohlenbergbau. Eine wirtschaftswissenschaftliche Untersuchung über Struktur, soziale und wirtschaftliche Verhältnisse der Arbeitergefolgschaft eines rheinischen Braunkohlenbergwerkes, Würzburg 1939.
- ENKLER, Helmut:
1977 Die Vereinigte Vile 1901-1976. Ein Beitrag zu einer Betriebsgeschichte. Erster Teil: Aufbau und Ausbau (1901-1933), in: Hürther Heimat 37/38, 1977, S. 1-35.
- ERDMANN, August:
1908 Die Christliche Arbeiterbewegung in Deutschland, Stuttgart 1908.
- FAUST, Manfred:
1990 Grundzüge der Hürther Stadtgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert. Thesen und Fragestellungen, in: Hürther Heimat 65/66, 1990, S. 95-104.
1992 Sozialer Burgfrieden im Ersten Weltkrieg. Sozialistische und christliche Arbeiterbewegung in Köln, Essen 1992
1994 Entstehung und Entwicklung der sozialistischen und der christlichen Arbeiterbewegung in Hürth vor dem Ersten Weltkrieg, in: Hürther Heimat 73, 1994, S. 1-42.
- FEIGE, Ulrich:
1986 Bergarbeiterschaft zwischen Tradition und Emanzipation. Das Verhältnis von Bergleuten und Gewerkschaften zu Unternehmern und Staat im westlichen Ruhrgebiet um 1900, Düsseldorf 1986.
- FESTSCHRIFT
1963 aus Anlaß des 100jährigen Bestehens der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, hrsg. v. SPD-Kreisverband Bergheim, Frechen 1963.
- FLOHR, Karl Günter:
1986 Die Betriebsgeschichte der Grube Engelbert bei Berrenrath, in: Hürther Heimat 57/58, 1986, S. 21-32.
- FROITZHEIM, Dieter:
1984 100 Jahre Katholische Arbeiterbewegung im Erzbistum Köln, Köln 1984.
- 50 JAHRE ZAHLSTELLE GLEUEL
1952 der Industriegewerkschaft Bergbau. Festschrift zum Jubiläum und zur Jugendheim-Einweihung, Hürth-Gleuel 1952 (mit geringfügigen Erweiterungen wiederaufgelegt zum 80jährigen Bestehen 1982).
- GÖDDERTZ, Wilhelm:
1964 Die Braunkohlenindustrie im Horremer Bezirk, in: Horrem. Beiträge zur Geschichte und Entwicklung, Ratingen 1964, S. 73-85.
- HAMERS, Willy:
1910 Der Braunkohlenbergbau in der Kölner Bucht. Eine volkswirtschaftliche Untersuchung seiner Geschichte, gegenwärtigen Lage und Bedeutung, Suttgart 1910.
- HEEG, Egon:
1974 250 Jahre Braunkohlenbergbau in Türrnich, in: Türrnich im Wandel, hrsg. v.d. Gemeinde Türrnich, Türrnich 1974, S. 206-291.
- HERBERT, Ulrich:
1986 Geschichte der Ausländerbeschäftigung in Deutschland 1880-1980. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Berlin/Bonn 1986.
- HEUSLER, Conrad:
1897 Beschreibung des Bergreviers Brühl-Unkel und des niederrheinischen Braunkohlenbeckens, Bonn 1897.
- HUNDERT JAHRE SPD
1963 Wie alt ist sie in Frechen?, in: Lebendiges Frechen 8, 1963, S. 9-21.
- IMBUSCH, Heinrich:
1908 Arbeitsverhältnis und Arbeiterorganisationen im deutschen Bergbau. Eine geschichtliche Darstellung, Essen 1908.
- KLEIN, G.:
1915 Handbuch für den Deutschen Braunkohlenbergbau, 2. Aufl., Halle (Saale) 1915.
- KLEINEBECKEL, Arno:
1986 Unternehmen Braunkohle. Geschichte eines Rohstoffs, eines Reviers, einer Industrie im Rheinland, Köln 1986.
- KLERSCH, Joseph:
1954 Heimatchronik des Landkreises Köln, Köln 1954.
- KLUG, Clemens:
1990 Die Vorläufer der Ribbertwerke, in: Hürther Heimat 65/66, 1990, S. 59-76.
- LIEBERMANN, Jörg/MEER-LEYH, Christoph:
1988 Ohne Gewerkschaft ist wie ein Mann ohne Schuh, hrsg. von der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie, Bezirk Rheinland, Bochum o.J. (1988).
- MALLMANN, Klaus-Michael:
1992 Erfahrungsräume und Deutungswelten. Klassenbildung, Fragmentierung und Bergarbeiterbewegung in Deutschland 1871-1914, in: Klaus Tenfelde (Hrsg.): Sozialgeschichte des Bergbaus im 19. und 20. Jahrhundert, München 1992, S. 593-608.
- MEYER, Hermann:
1910 Die rheinische Braunkohlenindustrie und ihre wirtschaftliche Organisation, Diss. Bonn 1910.
- MÜLLER, Otto:
1901 Katholische Arbeitervereine. Ihre Notwendigkeit, Aufgaben und Mittel, Mönchen-Gladbach 1901.
- MOMMSEN, Hans/BORSODORF, Ulrich (Hrsg.):
1979 Glück auf, Kameraden! Die Bergarbeiter und ihre Organisationen in Deutschland, Köln 1979.
- NACHRODT, Otto:
1927 Die Absatzorganisation des rheinischen Braunkohlenbergbaus, Gummersbach 1927.
- NEIDHART, C.:
1910 Die maschinelle Kohलगewinnung im Abbau und bei der Vorrichtung im niederrheinischen Braunkohlenrevier, in: G. Fliegel u.a. (Hrsg.): Der Braunkohlenbergbau am Niederrhein, Berlin 1910, S. 99 ff.
- PASS, Albert:
1930 Das Rheinische Elektrizitätswerk und die Elektrizitätswirtschaft der Stadt Köln. Eine wirtschaftsgeschichtliche Abhandlung, Köln 1930.
- PIATSCHECK, Konrad:
1937 Aus der Braunkohle, Halle (Saale) 1937.
- PLÖNES, Richard:
1935 Die Übererzeugung im rheinischen Braunkohlenbergbau von 1877-1914, Jena 1935.
- PRASUHN, Wilhelm:
1983 75 Jahre SPD Brühl 1908-1983. Chronik des Ortsvereins, Teil I: 1908-1945, hrsg. v. Ortsverein Brühl der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Brühl 1983.
- PUHL, Hans Ernst:
1928 Die Arbeitsverhältnisse in der linksrheinischen Braunkohlenindustrie, Diss. Würzburg 1928.
- ROSELL, Heinrich:
1926 Organisation des rheinischen Braunkohlenbergbaus, Diss. Köln 1926.
- SCHNEIDER, Michael:
1982 Die Christlichen Gewerkschaften 1894-1933, Bonn 1982.
- SEIFERTH, Erich:
1960 50 Jahre „Bayern-Verein Glückauf“ in Knapsack, in: Revier und Werk 54, 1960, S. 9-10.
- SIEBERT, Josef Bernhard:
1910 Die Lage der Arbeiterschaft in der Rheinischen Braunkohlenindustrie, Diss. Bonn 1910 (Repr. Reinbek 1991).
- STIER, Joachim:
1992 Hart war der Kampf. Die Geschichte der Sozialdemokratie in Horrem 1917-1992, hrsg. v. SPD-Ortsverein Horrem-Neubottenbroich, Kerpen 1992.
- STOECKER, Helmuth:
1970 Walter Stoecker. Die Frühzeit eines deutschen Arbeiterführers 1891-1920, Berlin 1970.
- TENFELDE, Klaus (Hrsg.):
1992 Sozialgeschichte des Bergbaus im 19. und 20. Jahrhundert. Beiträge des Internationalen Kongresses zur Bergbaugeschichte Bochum, München 1992.
- WISOTZKY, Klaus:
1992 Der Wandel der betrieblichen Sozialpolitik im Ruhrbergbau, in: Klaus Tenfelde (Hrsg.): Sozialgeschichte des Bergbaus im 19. und 20. Jahrhundert, München 1992, S.1066-1082.
- WÜNDISCH, Fritz:
1952 Zur Geschichte des rheinischen Braunkohlenbergbaus. I: Von den Anfängen bis zum Jahre 1813, in: Rheinische Vierteljahresblätter 17, 1952, S. 197-221.
1982 Von Klütten und Briketts. Bilder aus der Geschichte des rheinischen Braunkohlenbergbaus, 3. Aufl., Brühl 1982.

Anschrift des Verfassers:

Dr. Manfred Faust
Stadtarchiv
Friedrich-Ebert-Straße 40

D-50354 Hürth